

(Beginn: 15.37 Uhr - Ende: 18.04 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 44. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne und heute ganz besonders Frau Prof. Dr. Diemert mit allen Menschen, die zu ihr gehören und heute mitgekommen sind.

(Beifall)

Ich begrüße alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, den anwesenden Bezirksbürgermeister und natürlich Sie alle, die Mitglieder des Rates.

Heute werden wir zunächst eine Stadtkämmerin wählen, bevor wir zur Beratung und Verabschiedung des Haushalts für das Jahr 2019 kommen.

Ich möchte noch einmal sagen, dass ich es gut finde, dass wir heute gemeinsam die Voraussetzung dafür schaffen können, auch das nächste Jahr mit einem genehmigten Haushalt zu beginnen. Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal bei allen bedanken, die dazu beigetragen haben, ganz besonders und stellvertretend für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmeri bei Herrn Ropertz.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Beschluss steht schon vor Eintritt in die Tagesordnung an: die Bestellung von Frau Lange als Schriftführerin und Frau Mahmod als stellvertretende Schriftführerin.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

(Beifall)

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt Frau Bercher-Hiss und Frau Wolter.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Philippi, Herrn Erkelenz und Herrn Tritschler.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zusetzungen sind darin gekennzeichnet. Die Ände-

rungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: TOP 11.1, TOP 12.1. Absetzungen haben wir, wie Sie festgestellt haben, heute keine.

Gibt es Wortmeldungen hierzu? - Das ist nicht der Fall.

Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Zur Einbringung des Haushalts hat die Verwaltung im August gesprochen, heute gehört die Bühne Ihnen, der Politik. Wie in den Vorjahren schlage ich vor, die Redezeiten abweichend von den sonst üblichen fünf Minuten festzusetzen. Diese verlängerte Redezeit soll alle Anträge und Beschlussvorlagen dieser Sitzung mit Haushaltsbezug erfassen und wieder nach der Größe der Gruppierung gestaffelt werden. Das bedeutet, die Fraktionen SPD und CDU erhalten eine Redezeit von jeweils maximal 25 Minuten, die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen erhält eine Redezeit von 20 Minuten. Die Fraktionen DIE LINKE und FDP dürfen bis zu 15 Minuten sprechen, die AfD-Fraktion bis zu maximal zwölf Minuten und die Gruppen und Einzelmandatsträger bis zu zehn Minuten. Wie immer können Sie die Redezeit auch innerhalb einer Fraktion auf mehrere Rednerinnen oder Redner aufteilen.

(Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen]: Oder weniger reden!)

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Keine.

Gibt es Einwände gegen diesen Vorschlag? - Das ist nicht der Fall.

Dann frage ich jetzt abschließend: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist auch nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Tagesordnung abstimmen: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Wir kommen zur Wahl der Stadtkämmerin und Beigeordneten für das Dezernat II.

I. Öffentlicher Teil**A Wahl einer Stadtkämmerin / eines Stadtkämmerers
2989/2018**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aufgrund der Empfehlung des externen Personalberatungsbüros, das mit dem Verfahren zur Besetzung der Stelle der Stadtkämmerin und Beigeordneten für das Dezernat II beauftragt wurde, wird Frau Prof. Dr. Diemert für die Beigeordnetenstelle vorgeschlagen.

Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist auch nicht der Fall.

Dann kommen wir sofort zur Abstimmung. Es gibt die Möglichkeit der offenen Abstimmung. Gibt es dagegen Widerspruch? - Den sehe ich nicht.

Dann frage ich, wer das Handzeichen für Frau Prof. Dr. Diemert gibt? - Kann es noch Enthaltungen geben? - Das ist die Fraktion DIE LINKE.

(Christian Joisten [SPD]: Gegenstimmen? - Monika Schultes [SPD]: Wer ist dagegen?)

- Es gibt keine Gegenstimmen; es ist ja niemand mehr da.

(Heiterkeit - Christian Joisten [SPD]: Fragen kann man ja!)

Ich frage aber noch einmal auf Wunsch der SPD-Fraktion, ob es auch Gegenstimmen geben würde. - Das ist nicht der Fall. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und bei der Ratsgruppe GUT)

Ich stelle fest, dass Frau Prof. Dr. Diemert vom Rat der Stadt Köln einstimmig zur Stadtkämmerin und Beigeordneten für das Dezernat II gewählt wurde, und bitte sie zu uns herunter, damit sie die Wahl auch annehmen kann. Vielen Dank.

(Frau Prof. Dr. Diemert betritt den Saal - Beifall)

Prof. Dr. Dörte Diemert: Vielen herzlichen Dank!

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Prof. Dr. Diemert, nehmen Sie die Wahl an?

Prof. Dr. Dörte Diemert: Ja, ich nehme die Wahl an.

(Beifall - Es werden Fotos gemacht - Frau Prof. Dr. Diemert nimmt Blumen und Glückwünsche entgegen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach dem sehr erfolgreichen Auftakt geht es weiter mit den Haushaltsreden.

Ich gebe zunächst dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Joisten, das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst noch etwas zum Aufstellungsverfahren sagen.

Aus unserer Wahrnehmung war - wie schon im Vorjahr - nicht das primäre Ziel, ein geordnetes Verfahren mit belastbarem und vollständigem Zahlenwerk durchzuführen, sondern die Vorgaben der Oberbürgermeisterin, einen Haushaltsbeschluss im Vorjahr zum Haushaltsjahr zu beschließen - koste es, was es wolle.

Aus unserer Sicht ist es aber nicht zielführend, das Verfahren an sich wie einen Fetisch vor sich her zu tragen, wenn das Ergebnis und die politischen Beratungen dadurch unnötig konterkariert werden.

Um es in aller Klarheit zu sagen: Das in diesem Jahr gewählte Verfahren - ähnlich wie im letzten Jahr -, die Haushaltsplanberatung diesmal auf knapp vier Wochen zu reduzieren, ist eine Zumutung für jeden ehrenamtlichen Rat - eine Zumutung! -, -

(Beifall bei der SPD)

- und wird den Herausforderungen, die wir hier vor uns haben, nicht gerecht.

Wir erwarten als SPD-Fraktion von Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, dass Sie gemeinsam mit der jetzt gerade neu gewählten Kämmerin für das nächste Jahr ein Verfahren aufsetzen, das der Beteiligungskultur der Politik und der Kommunalpolitik insgesamt, also nicht nur dem Rat, sondern auch den Bezirksvertretungen gerecht wird und einen entsprechend langen Zeitraum vorsieht, damit wir einen Haushalt solide und gut beraten können.

(Beifall bei der SPD)

Zum Haushalt an sich: Der Haushalt bildet das finanzielle Fundament unserer gemeinsamen Arbeit für Köln. Somit ist es das wesentliche Steuerungsinstrument von uns als Politik, um die Verwaltung in die Lage zu versetzen, die von uns formulierten und beschlossenen Ziele zu erreichen.

Gleichzeitig wird mit einem Haushaltsbeschluss, der auch die personelle Ausstattung der Verwaltung definiert, deutlich, welche Prioritäten eine Stadt setzt und welche Herausforderungen sie im Besonderen angehen will.

Wenn das so ist, dann sind in dem vorliegenden Haushalt für uns kein Konzept und keine Prioritätensetzung erkennbar.

(Niklas Kienitz [CDU]: Was?)

Schon der Haushaltsplanentwurf blieb aus unserer Sicht weit hinter den Notwendigkeiten einer wachsenden Stadt zurück. Der vorliegende Haushalt macht überdeutlich, dass die Oberbürgermeisterin lediglich die Gegenwart verwaltet. Die Herausforderungen der wachsenden Stadt gehen darüber allerdings deutlich hinaus.

Mit dem Pilotprojekt der ehemaligen oder bisherigen Kämmerin „Leistungsfähige Infrastruktur generationengerecht finanziert“ am Beispiel Köln - ich glaube, wir alle kennen es - wurde uns allen als Beteiligte ins Stammbuch geschrieben, dass ein einfaches „Weiter so!“ die schlechteste aller Handlungsoptionen ist.

Dabei sind die finanziellen Rahmenbedingungen so gut wie nie. Dank sprudelnder Gewerbesteuer hat sich der Haushalt auf der Einnahmenseite deutlich positiv entwickelt.

Demgegenüber steht aber ein enormer Aufholbedarf im Rahmen der Infrastruktur und des Infrastruktursektors. Ganz besonders rasant wachsen hier die Bedarfe im Bildungsinfrastrukturbereich, in der Bewältigung von den Wohnherausforderungen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, und damit die drängendsten Aufgaben, die wir hier in Köln haben, anzugehen, und zwar jetzt und heute. Leider scheint aber das Schielen auf die schwarze Null den Blick für die Herausforderungen und den Investitionsbedarf in der Großstadt Köln zu verstellen.

In diesem Kontext muss die Stadt auch dringend ihre Ausschüttungspolitik gegenüber den Stadtwerken korrigieren. Die Stadtwerke werden ganz wesentlich als Erbringer der Daseinsvorsorge

gebraucht. Jeder Euro, der dort nicht investiert wird, sondern irgendwo im Haushalt versickert, ist ein verlorener Euro für Köln und damit für die Kölner Daseinsvorsorge und ihre Infrastruktur.

Auch die Stellenpläne versinnbildlichen den Stillstand. Lediglich 300 neue Stellen sollen geschaffen werden - nicht nur, weil der Bedarf so gering wäre, sondern oftmals auch deshalb, weil die vorhandenen Stellen, die wir schon haben, nicht besetzt werden können. Je nachdem, wen man fragt, werden die Vakanzen auf 1.500 bis 2.000 Stellen innerhalb der Verwaltung geschätzt. Hier besteht also dringender Handlungsbedarf, damit diese Verwaltung handlungsfähiger wird.

Aus unserer Sicht sind die Herausforderungen klar. Köln wächst, und das nicht erst seit gestern. Das scheint aber bei vielen Entscheidungsträgern nicht angekommen zu sein. Köln baut zu wenige Wohnungen, und die bestehenden Wohnungen werden immer teurer. Köln braucht in den nächsten zehn Jahren weit mehr als 40 neue Schulen und viele davon nicht erst in zehn Jahren, sondern heute und in den nächsten zehn Jahren.

Die soziale Spaltung unserer Stadt nimmt auch weiter zu. Auf all das hat der Haushalt aus unserer Sicht keine ausreichenden Antworten. Sekundiert wird das Trauerspiel vom politischen Veränderungsnachweis des sogenannten Haushaltsbündnisses: Statt Verantwortung zu übernehmen und an den Stellen, die eben beschrieben wurden, mutig einzuschreiten und Entscheidungen für die Stadt zu treffen, wird nach dem Gießkannenprinzip kleinteilig der Haushaltsentwurf der Verwaltung einfach nur arrondiert.

Um an der Stelle keinen falschen Zungenschlag hineinzubringen: In dem Veränderungsnachweis von „Jamaika“ sind auch viele richtige Dinge enthalten, die wir durchaus inhaltlich unterstützen können, uns fehlt aber der Plan für Köln. Der große Plan für Köln: Wo wollen wir die entscheidenden Weichen stellen? Wo müssen wir investieren, um die Stadt fit für die Zukunft zu machen, um für die Bürgerinnen und Bürger die erforderliche Infrastruktur zu schaffen? - Auf all diese Fragen geben der Haushaltsentwurf der Stadtverwaltung und auch der politische Veränderungsnachweis von „Jamaika“ keine ausreichenden und zufriedenstellenden Antworten.

(Zuruf des Abgeordneten Christoph Klausning [CDU])

Der Ansatz, den die Linken im Rahmen des Haushaltsplanverfahrens gewählt und einge-

bracht haben, geht aus unserer Sicht dafür in die richtige Richtung. Wohnraum schaffen, Beitragsfreiheit Kita, Schulsozialarbeit stärken - das sind richtige Ideen. In guter Tradition hat DIE LINKE leider diese Themen im Wesentlichen durch Erhöhung der Gewerbesteuer finanzieren wollen. Diesen Ansatz, den wir auch in guter Tradition für falsch halten, lehnen wir ab. Deswegen mussten wir diesen Änderungsantrag ablehnen. Allerdings: Die Richtung stimmte an dieser Stelle schon.

Ich möchte Ihnen heute einen Gegenentwurf für Köln vorstellen, unseren Plan für Köln. Wie bereits erwähnt, ist eines der zentralsten Probleme dieser Stadt der eklatante Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Im *Kölner Stadt-Anzeiger* war genau an dem Tag der Finanzausschusssitzung Folgendes zu lesen - ich zitiere -:

„Die Wohnungsnot landete bei der Internetabstimmung des *Kölner Stadt-Anzeiger*“

- die Bürgerinnen und Bürger konnten sich dort zu Wort melden -

„deutlich auf dem ersten Platz. Ausgerechnet hier steuert die Stadt auf einen Negativrekord zu: Denn rechnet man die bislang in diesem Jahr erteilten Baugenehmigungen bis zum Jahresende hoch, könnten es nur knapp über 2000 [Wohnungen] sein - so wenige wie noch nie.“

Dementsprechend sind die Baugenehmigungen meilenweit davon entfernt, den Bedarf an 6.000 Wohnungen, den wir alle immer wieder gehört und immer wieder als richtig erkannt haben, zu decken. Deswegen erneuern wir unsere Forderung nach einem großen kommunalen Wohnungsbauförderprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro über die nächsten Jahre.

Unser Ziel sind 10.000 neue, öffentlich geförderte Wohnungen in den nächsten fünf Jahren. Wir müssen auch gemeinsam all diejenigen stärken, die Wohnungen im mittleren Preissegment anbieten, wie vor allem unsere GAG, aber auch viele Genossenschaften, die in diesem Segment wertvolle Arbeit für uns leisten.

Das Thema Wohnen umfasst aber auch weitere Aspekte. Der Kampf gegen Zweckentfremdung, das Verhindern von Verdrängungen durch Luxussanierungen, Verlängerung der sozialen Bindungen - all das ist wichtig, um bestehenden Wohnraum bezahlbar zu halten.

Das Engagement der Stadt beim Vorgehen gegen Airbnb und vergleichbare Portale ist derzeit bestenfalls halbherzig. Hierzu braucht die Stadt dringend noch mehr Personal und den Willen, die Verstöße konsequent zu verfolgen. Da ist bisher wenig erkennbar gewesen.

Am Beispiel von Kreuzfeld zeigt sich, dass es jedenfalls nicht an vermeintlich fehlenden politischen Beschlüssen liegt, wenn elementare Wohnungsbauprojekte nicht vorankommen. Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass der Beschluss zur Entwicklung von Kreuzfeld aus dem Jahr 2016 stammt. Wir haben jetzt Ende 2018. Was ist aus unserer Wahrnehmung bisher passiert? - Nichts.

(Niklas Kienitz [CDU]: Sie haben dagegen gestimmt, wenn ich Sie daran erinnern darf!)

Es darf in einer Millionenstadt wie Köln aber nicht sein, dass die Verwaltung nicht in der Lage ist, mehr als ein oder zwei Großprojekte, wie Parkstadt Süd, Deutzer Hafen oder eben Kreuzfeld, gleichzeitig zu bearbeiten. Wir brauchen mehr Tempo in dieser Frage. Projekte müssen parallel vorangetrieben werden.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das passiert doch!)

Dafür brauchen wir eine entsprechende finanzielle und personelle Ausstattung.

(Beifall bei der SPD - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das steht im Haushalt drin! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralph Elster [CDU])

In diesem Zusammenhang ist auch von dem sogenannten Wohnbündnis, das die Oberbürgermeisterin ins Leben gerufen hat, nicht viel wahrnehmbar und nicht viel zu hören. Da wünschen wir uns auch mehr Tempo, mehr Initiative und mehr Kreativität in der Bewältigung der Herausforderungen.

Bei allen Neubauplänen muss zudem die Infrastruktur von Anfang an mitgedacht, mitgeplant und mitgebaut werden. Hier sind insbesondere auch die für die öffentliche Daseinsvorsorge verantwortlichen kommunalen Unternehmen in der Verantwortung. Daher ist es eine völlig falsche Marschrichtung, diese Unternehmen zunehmend nur noch als Melkkühe des städtischen Haushalts zu nutzen - so, wie es jetzt in dem Haushalt in der Mittelfristplanung vorgesehen ist.

Wohnraum und insbesondere bezahlbarer Wohnraum ist ein Wert an sich und stellt mittlerweile einen echten Standortfaktor dar, der auch dabei hilft, Attraktivität von Arbeitgebern in Köln

zu stärken. Dies muss nutzbar gemacht werden, um den Fachkräftemangel auch über diesen Weg überwinden zu können. Wir wollen deshalb den Werkwohnungsbestand ausbauen und erwarten dabei von den großen Arbeitgebern in Köln - angefangen von den Stadtwerken, den Kliniken, aber auch den privatwirtschaftlichen großen Unternehmen wie zum Beispiel Ford - entsprechende Unterstützung. Unsere Zielmarke muss sein - da müssen wir als Stadt mutig vorgehen mit unseren Stadtwerken -: 1.000 neue Wohnungen in den nächsten fünf Jahren. Das ist ein gutes Ziel, aber noch kein besonders ehrgeiziges. Das sollten wir immerhin schaffen.

Zudem müssen wir endlich in ausreichendem Maße Flächen bereitstellen und entwickeln. Hier sei noch einmal exemplarisch Kreuzfeld und Parkstadt Süd erwähnt. In anderen Bereichen - auch in meinem Porzer Segment - kommen wir nicht so voran, wie wir das eigentlich müssten.

Alles Geld der Welt nützt aber nichts, wenn man es nicht verbaut bekommt. Deshalb muss die Verwaltung endlich ausreichend Stellen in den relevanten Baubereichen der Stadt schaffen und diese auch besetzen. Die angekündigten Verbesserungen lassen nach unserer Wahrnehmung weiter auf sich warten.

Wir müssen unverzüglich die Baugenehmigungsprozesse beschleunigen, und wir müssen - wie schon erwähnt - weitere Anreize schaffen, zum Beispiel über kommunale Förderprogramme; ich hatte es eben schon erwähnt.

Zumindest bei diesem Thema hat sich zwischenzeitlich etwas getan. Letztes Jahr sind wir als Sozialdemokraten für unsere Forderung nach einem Fonds für Wohnungsbau in Höhe von 500 Millionen Euro in fünf Jahren hier noch sehr belächelt worden, aber siehe da, pünktlich zu den Haushaltsplanberatungen in diesem Jahr wird eine Zielvereinbarung über 380 Millionen Euro für die Wohnraumförderung bis 2022 in Köln unterzeichnet. „Gut so!“, kann ich nur sagen. Wenn man es nicht besser wüsste, könnte man meinen, die SPD wäre in der Regierungsverantwortung.

(Lachen bei der CDU)

Wie ich aber schon ausgeführt habe, bringt alles Geld der Welt nichts, wenn es nicht verbaut werden kann oder gar nicht erst bei den Akteuren ankommt. Deshalb erwarten wir, dass die Förderbedingungen im Verantwortungsbereich der Stadt so ausgestaltet werden - in der Ausgestaltung haben wir erheblichen Nachholbedarf -,

dass das Geld zügig, unkompliziert und vor allem wirkungsorientiert verausgabt werden kann. Wir haben in der Tat auch in der Vergangenheit Geld bereitgestellt, das nicht abgerufen wurde. Wir müssen also auch an dieser Stelle ran - da haben wir sehr eigene Möglichkeiten als Stadt - und entsprechende Förderbedingungen korrigieren.

Ich komme zum Bereich Bildung. Es ist die zweite wichtige Säule für Köln, der sozialen Spaltung in der Stadt entgegenzuwirken, nämlich mit einem konsequenten Einsatz für Bildung und für Gesamtschulen, wo wir mehr als 1.000 Kindern im vergangenen Jahr kein Angebot machen konnten. Das ist ein unhaltbarer Zustand und muss dringend geändert werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Gesamtschulen stehen für gemeinsames Lernen und gesellschaftliche Integration wie keine andere Schulform, für individualisierte Schullaufbahnen mit allen Abschlussoptionen und einem guten Übergangmanagement in den Beruf. Deshalb ist Teil der sozialdemokratischen DNA die Gesamtschule; sie hat für uns immer erste Priorität. Der Elternwille in dieser Stadt - das kann man, glaube ich, mittlerweile postulieren - gibt uns an dieser Stelle sehr deutlich recht.

(Dr. Nils Helge Schlieben [CDU]: 25 Prozent!)

Die Tendenz steigt von Jahr zu Jahr.

An den Schulen wollen wir den offenen Ganztag stärken. Wir haben gerade erst eine Initiative gestartet, dass jede Kölner Schule eine Schulsozialarbeiterin oder einen Schulsozialarbeiter bekommt. Mit der Forderung „gut und sicher zur Schule“ zeigen wir, dass Bildung nicht erst am Schultor beginnt.

Eine Qualitätsoffensive in der Kita sorgt für Chancengleichheit schon für frühkindliche Bildung. Auch dazu ist im Haushalt wenig an neuen Impulsen.

Nach wie vor gültig und elementar ist unsere Forderung zur Rückkehr der 18-monatigen Beitragsfreiheit in der Kita. Aber auch das kann aus unserer Sicht nur der Einstieg in eine völlige Beitragsfreiheit in den Kitas sein. Nur das schafft echte soziale Teilhabe aller Gruppen, aller Schichten und aller Menschen in dieser Stadt. Deswegen ist das für uns ein Kernelement eines sozialdemokratisch mitgetragenen Haushalts. Dazu war leider in diesem Verfahren und in diesem Haushalt mit den Beteiligten nicht zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Nicht zuletzt ist auch der kostenlose Zugang - Sie erinnern sich an die jüngste Diskussion - in die Museen als Teil der kulturellen Bildung für uns wichtig.

Es ist auch keine Neuigkeit, dass wir im Schulbau der Realität hinterherhinken, und zwar deutlich. Wir müssen in den nächsten Jahren dringend sehr viel deutlicher in die Bildungsinfrastruktur investieren, um der steigenden Anzahl an Schülerinnen und Schüler einen Schulplatz, und zwar einen guten Schulplatz in der gewünschten Schulform und möglichst wohnortnah anzubieten.

Das von der bisherigen Kämmerin in Auftrag gegebene Gutachten zur generationengerechten Finanzierung - ich zitierte es bereits - weist im Bildungsbereich in Köln für die nächsten zehn Jahre einen Investitionsbedarf von 2,4 Milliarden Euro aus. Langfristig besteht ein Bedarf von weit mehr als 40 Schulen. All das findet sich aber weder im aktuellen Haushalt noch in einer perspektivischen Planung, die aus diesem herauszulesen ist. Das ist aber unsere Messlatte: nicht das, was heute machbar ist, sondern das, was für die Zukunft notwendig ist. Dahinter bleibt der Haushalt deutlich zurück; denn hierauf muss die Umsetzung und Finanzierung Antworten finden, und das tut eben dieser Haushalt nicht.

Drittens und für uns der wirklich wichtige Punkt für diese Stadt ist der Einsatz gegen die soziale Spaltung und damit für den Kampf für eine soziale Stadt. Dabei macht uns die schwarz-gelbe Regierung in Düsseldorf das Leben nicht gerade leichter, sondern eher schwer. Ich will nur an die angekündigten Einschnitte beim Förderprogramm „Starke Veedel - Starkes Köln“ erinnern; aus unserer Sicht möglicherweise nur ein Vorbote.

Das Land stiehlt sich hier aus der Verantwortung und lässt uns mit dringend erforderlichen Aufgaben im Sozialen allein. Dabei ist das Gegenteil aus unserer Sicht notwendig: Intensivierung und Ausweitung solcher Programme, Stärkung der Sozialräume - das steht auf der Agenda und muss unterstützt werden, aber Schwarz-Gelb streicht uns das Geld.

(Zurufe bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Sylvia Laufenberg [FDP])

Wenn es so ist, dass am Ende aus Düsseldorf weniger Geld für die Projekte, die wir erfolgreich bereits auf die Schiene gesetzt haben, kommt.

Ich erinnere daran, dass wir heiße Diskussionen in den verschiedensten Bereichen dazu hatten und nur mit viel Mühe und guter Unterstützung der Verwaltung am Ende ein Gesamtpaket geschnürt haben zu „Starke Veedel - Starkes Köln“. Das droht jetzt in großen Teilen zu scheitern, weil die Förderung mit insgesamt 19 Millionen Euro am Ende fehlen könnte.

Ja, was ist die Antwort darauf? - Die Antwort muss doch heißen: Wir finden diese Projekte nach wie vor richtig, und wir als Kölner, als kommunale Verantwortungsträger müssen den Ausgleich schaffen. - Auch das findet sich in diesem Haushalt nicht wieder.

Es geht dabei um ganz banale Dinge, nämlich die Einrichtung von Kölner Veedelscentern in Höhenberg oder Vingst, die Einrichtung von Bildungsberatungszentren im Sozialraum Bickendorf, Westend und Ossendorf. Das sind für uns wichtige Elemente eines Haushalts, auf die Fragen in diesen Stadtteilen - gerade in diesen Stadtteilen - Antworten zu finden. Dazu sagt dieser Haushalt nichts.

(Niklas Kienitz [CDU]: Was?)

Wir wollen sicherstellen, dass sich die Stadt Köln regelmäßig und geplant an Förderaufrufen, wie beispielsweise „Soziale Integration im Quartier“, beteiligt. In den letzten beiden Jahren hat es dafür jeweils Anträge der SPD-Fraktion bedurft, um die Verwaltung auf diese Spur zu bringen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Oh!)

Wir brauchen also ein zentrales und definiertes Fördermanagement, das auch den kommunalen Eigenanteil an solchen Projekten sicherstellt. Nur dann haben wir eine Chance, alle Ressourcen und alle Mittel, die es auf den verschiedenen Ebenen gibt, effizient für diese Stadt einzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Last but not least - auch das ist Veedel-Arbeit -: Wir wollen die Gründung von Immobilien- und Standortgemeinschaften stärker fördern, damit auch da die starken Schultern mehr Gewicht bei der Verantwortung für das soziale Veedel tragen und wir alle Akteure im Veedel in die Verantwortung nehmen. Das hat sich an der einen oder anderen Stelle bereits bewährt, aber an viel zu wenigen Stellen. Auch dafür brauchen wir mehr Geld, aber eben auch mehr Personalressourcen.

Ich fasse zusammen: Der Haushalt wäre eine große Chance für die Oberbürgermeisterin und für „Jamaika“ gewesen, endlich einen Gestaltungsanspruch zu formulieren. Leider lassen sie gemeinsam diese Chance erneut ungenutzt. Leidtragende sind die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Wir stehen weiterhin bereit, Haushalten zuzustimmen, die diese für uns wesentlichen Elemente enthalten. In diesem Fall war das nicht der Fall. Deswegen müssen wir diesen Haushalt heute in Konsequenz ablehnen. Aber wir stehen Ihnen selbstverständlich gern für Gespräche auch für die Zukunft zur Verfügung.

(Lachen bei der CDU)

Denn uns geht es darum, Köln handlungs- und lebensfähig zu machen und liebenswert zu halten. Das können wir nur gemeinsam schaffen, und zwar mit entsprechender finanzieller und personeller Ausstattung. Meine Damen und Herren, geben Sie sich einen Ruck und lassen Sie uns gemeinsam schauen, wie wir diese Stadt in Zukunft voranbringen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]:
Gleichfalls!)

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Petelkau, das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich mit meiner Haushaltsrede beginne, möchte ich doch zwei kurze Worte über die Rede meines Vorredners verlieren.

Ich finde, er hat hier eine große Chance vertan, die Chance auf einen Neuanfang. Es ist im Prinzip die Fortsetzung dessen, was wir letztes Jahr erlebt haben. Es ist weder das Eingeständnis, das in den letzten zehn Jahren unter SPD-Führung diese Stadt komplett abgewirtschaftet worden ist, -

(Zurufe bei der SPD: Oh!)

- es sind zudem keine konkreten Finanzierungsvorschläge. Das ist das Entscheidende.

(Zuruf des Abgeordneten Jörg Detjen [DIE LINKE])

Sie haben ja noch nicht einmal einen Änderungsantrag zum Haushalt eingebracht. Da ist nichts gekommen. Auch heute wieder nur leere Sprechblasen, die noch nicht einmal belegt werden mit einem Finanzierungsansatz.

(Beifall bei der CDU, FDP sowie des Abgeordneten Tobias Scholz [Ratsgruppe GUT])

Die Kollegen von der Linken, die zumindest ehrlich sind, haben wenigstens noch einen Ansatz und sagen: Wir wollen die Steuern erhöhen. - Wir und das Haushaltsbündnis sind dagegen, aber sie sagen wenigstens, wie sie es finanzieren wollen. Von Ihnen kam gar nichts. Sie wissen nicht, wie Sie diese Stadt gestalten wollen. Die ganzen Sprechblasen gerade zum Wohnungsbau und zu der Schulpolitik - Sie haben doch alle Chancen der Welt über zehn Jahre gehabt. Sie haben diese Stadt verantwortet, und in dieser Stadt sind diese Fehler gemacht worden.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Pöttgen [SPD])

Wir haben im Prinzip heute immer noch das abzuarbeiten, was Sie falsch gemacht haben.

(Beifall bei der CDU - Christian Joisten [SPD]:
Heute gibt es weniger Wohnungen als damals!)

Ich sage einmal so: Baugenehmigungsprozesse können beispielsweise nur dann funktionieren, wenn auch Grundstücke da sind. Das Stadtentwicklungskonzept „Wohnen“ -

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Pöttgen [SPD])

- ist während der Phase von Schwarz-Grün in dieser Stadt beschlossen worden, und das ist auch gut so.

So viel zu Ihrer Rede. Ich glaube, Sie müssen noch einmal schauen, wie Sie einen Neuanfang wirklich hinbekommen, damit Sie hier in Köln auch wieder politikfähig werden.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Christian Joisten [SPD])

Wenn ich jetzt zu meiner Haushaltsrede kommen, dann kann ich nur sagen: Das schwarz-grüne Bündnis hat sich im Jahr 2015 auf den Weg gemacht, Köln voranzubringen und zu gestalten.

Heute erreichen wir auf diesem Weg einen weiteren wichtigen Meilenstein. Wir verabschieden heute einen nachhaltigen und soliden Haushalt. Wir verabschieden einen Haushalt, der mit einer

Entnahmequote auskommt, die historisch niedrig ist, und zwar ohne Steuererhöhungen, ohne pauschale Kürzungen und auch ohne eine Reduzierung des Investitionsetats.

(Christian Joisten [SPD]: Bei den Einnahmen - Kunststück! - Zuruf des Abgeordneten Andreas Pöttgen [SPD])

Wir verabschieden zudem einen Haushalt, der zahlreiche Initiativen für die wachsende Stadt enthält. Wenn man ihn gelesen hätte, dann würde man diese auch entdecken, sei es mit einem millionenschweren Schulbaupaket, mit erheblichen Investitionen in die Sanierung im Verkehrsbereich oder sei es bei den kommunalen Maßnahmen für den Wohnungsbau.

Wenn ich zu Beginn gesagt habe, dass wir uns mit unserem grünen Partner und mit unserem Haushaltsbündnis auf den Weg gemacht haben, müssen wir zunächst festhalten, wo dieser Weg gestartet ist. 2015 hatte der Etat noch ein Volumen von knapp 4 Milliarden Euro, und der Griff in die Rücklagen lag haarscharf an der Grenze zu 5 Prozent, die uns zu einem Haushaltssicherungskonzept geführt hätte.

Heute: Für 2019 senken wir die Entnahme aus den Rücklagen auf 2,6 Prozent. Wir sehen, dass unser Weg schneller zu einem ausgeglichenen Haushalt führen kann als gedacht.

(Zuruf des Abgeordneten Christian Joisten [SPD])

Bereits 2022 ist die schwarze Null möglich. Trotzdem steigen die Ausgaben in unserem Etat auf gut 4,9 Milliarden Euro. Wir geben rund 173 Millionen Euro mehr aus für soziale Hilfen als noch 2015. Auch das muss man sagen. Wir haben nichts gemacht, um diese Stadt zu spalten. Im Gegenteil, wir haben in diesem Bereich 173 Millionen Euro in den letzten Jahren zugesetzt.

(Beifall bei der CDU und FDP)

Auch die Ausgaben für Kinder- und Jugendfamilienhilfe sind um 172 Millionen Euro in dieser Stadt angestiegen. 126 Millionen Euro fließen zusätzlich in eine bessere Verwaltung, und der Etat für Sicherheit und Ordnung ist um 87 Millionen Euro in dieser Zeit gestiegen.

(Christian Joisten [SPD]: Was sehen wir davon?)

Was für uns besonders wichtig ist: Gegenüber 2015 sind die bezirksorientierten Mittel um 271 Prozent gestiegen. Das stärkt die Bezirke, auch wenn wir uns darauf noch nicht ausruhen wer-

den; genauso wenig wie beim Thema Bauen und Wohnen. Die Ausgaben sind hier um 81 Prozent gegenüber 2015 angestiegen. Das kommunale Wohnungsbauprogramm umfasst 33 Millionen Euro jährlich. Wir haben es geschafft, dass Köln die NRW-Pilotstadt für die elektronische Bauakte wird, und setzen weiterhin Personal in diesem Bereich zu. Die Zusetzungen, die wir hier vorgenommen haben in den letzten Jahren, sind dramatisch mehr als das, was in zehn Jahren bei Ihnen passiert ist.

(Beifall bei der CDU und FDP)

Die Beschleunigung der Baugenehmigungsprozesse ist ebenso in der Umsetzung wie die Ausweitung der Bauaktivitäten bei der GAG.

(Zuruf von Herrn Christian Joisten [SPD])

Sie wissen, dass wir überparteilich dort dafür gesorgt haben, dass hier eine entsprechende Initiative zum Tragen gekommen ist.

Wir haben ebenso die Übernahme und die Sanierung der Objekte in Chorweiler mitgetragen, und auch dort entwickelt sich die Situation gut. Das ist etwas, wo ich sage: Das ist ein wichtiger Baustein, um die soziale Sicherheit in dieser Stadt zu gewährleisten.

Mit dem Stadtentwicklungskonzept „Wohnen“ - ich hatte es eben schon angesprochen - haben wir Potenziale für rund 16.000 Wohneinheiten ausgemacht. Das ist etwas, was in dem Jahrzehnt zuvor überhaupt nicht passiert ist, und das ist Teil des Problems.

(Christian Joisten [SPD]: Das ist falsch!)

Geld ist genug da. Es gibt viele private Investoren. Es gibt das Wohnungsbauprogramm auf NRW-Ebene. Es gibt unser Kölner Programm. Es ist genug Geld im Kreislauf vorhanden. Wir haben in den letzten Jahren dazu beigetragen, dass sukzessive mehr Grundstücke entwickelt werden und damit die Chance besteht, die PS auf der Straße oder - genauer gesagt - das Geld für den Wohnungsbau nutzbar zu machen.

Hierzu gehören wichtige Bereiche wie die Entwicklung in den Quartieren wie der Deutzer Hafen, der Mülheimer Süden und Rondorf Nord-West. Diese Projekte sind schon in einem weit fortgeschritten Stadium und werden konkreter. Kreuzfeld sowie Parkstadt Süd sind zwei weitere Schwergewichte für den Wohnungsbau, die in Vorbereitung sind.

Auch die Wohnraumzweckentfremdung - das Thema wurde angesprochen - haben wir in den letzten Ratssitzungen verstärkt in den Blick genommen. Gerade heute Morgen hat das Presseamt eine Mitteilung verschickt, wonach ein Vermieter aus der Innenstadt wegen der Zweckentfremdung von Wohnraum mit 5.000 Euro Geldbuße belegt worden ist. Man kann hier nicht sagen: Da passiert nichts. Wir nehmen das sehr ernst -

(Zuruf des Abgeordneten Christian Joisten [SPD])

- und werden an dieser Stelle auch weiterhin die Verwaltung darin bestärken, ihren Aufgaben nachzugehen und das entsprechend umzusetzen. Damit kann man sagen: Unser Haushalt ist ein wichtiger Beitrag dazu, den Wohnungsbau in Köln voranzubringen.

Das Gleiche gilt auch für unsere Schulbauintiativen. Zwei Schulbaupakete sind bereits verabschiedet worden. Die Reform der Gebäudewirtschaft ist gestartet. Die Investitionen für Neubau, Erweiterung, Generalinstandsetzung sind allein von 57 Millionen Euro im Jahr 2017 auf 168 Millionen Euro in 2018 fast verdreifacht worden. Dazu haben wir ein neues Schulbaupaket oder Beschleunigungspaket für den Bau von 16 Schulen bis 2022 beschlossen, und zwar mit einem Umfang von 340 Millionen Euro. Da kann man doch nicht sagen, in unserer Stadt passiere nichts. Hier ist eine Menge auf den Weg gebracht worden. Das war die Leistung unseres Haushaltsbündnisses. Dafür möchte ich an dieser Stelle auch einfach einmal Danke sagen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben mit enormem Druck auf die Schulverwaltung auch dafür gesorgt, dass wir Interimsstrukturen bekommen, dass in Vogelsang eine Interimgesamtschule entsprechend auf den Weg gebracht wurde, dass ein städtisches Gymnasium beispielsweise in Widdersdorf auf den Weg gebracht wurde. Viele andere Beschlüsse sind durch unsere Initiativen vorangetrieben worden, um den Schulnotstand in dieser Stadt weiter abzubauen und den Eltern und Kindern eine gute weitere Schulkarriere auf den Weg zu geben.

All das bildet unser Haushalt ab. Für das Jahr 2019 arbeitet die Verwaltung erneut in diese richtige Richtung. Die Oberbürgermeisterin, die Beigeordneten und die städtischen Mitarbeiter haben mit dem Haushaltsentwurf für 2019 beste Vorarbeit geleistet, deshalb an dieser Stelle auch

noch einmal der herzliche Dank an alle Beteiligten - die Kämmerei natürlich besonders mit Herrn Ropertz und Frau Klug, die leider heute nicht anwesend sein kann. Sie haben sehr gute Arbeit geleistet. Zu dieser sehr guten Arbeit gehören natürlich auch alle anderen Beigeordneten, die ihren Beitrag dazu geleistet haben, dass wir diesen Haushalt auch in dem Zeitplan beschließen können. Ich möchte noch einmal daran erinnern: Es ist in Köln keine Selbstverständlichkeit, dass Planungssicherheit für die Menschen und die Zuwendungen aus dem Haushalt entsprechend frühzeitig besteht. In der Vergangenheit war es üblich, dass der Haushalt in der genehmigten Form irgendwann in der zweiten Jahreshälfte - wenn man Glück hatte, noch in dem Jahr, in dem es entsprechend ausgegeben werden sollte - vorlag. Das ist etwas, was unzumutbar war. Deshalb sind wir froh, dass dieser Meilenstein entsprechend erreicht werden konnte.

(Christian Joisten [SPD]: Zulasten der politischen Beratung!)

Die Empfänger aus dem Haushalt haben Planungssicherheit, und das ist zum Wohle unserer Stadt und zum Wohle des weiteren Gelingens. Daran müssen wir weiterhin hart arbeiten.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gerade, weil die Oberbürgermeisterin und ihre Verwaltung so gute Arbeit in diesem Haushalt geleistet hatten, konnte sich das Haushaltsbündnis auch konkret darauf beschränken, ausschließlich ein paar zusätzliche Schwerpunkte zu setzen, von denen wir glauben, dass hier entsprechend noch einmal weitere Förderungen notwendig sind.

Wir investieren zusätzlich knapp 30 Millionen Euro - Geld, das übrigens gegenfinanziert ist; es führt nicht dazu, dass wir eine Ausweitung der Entnahme aus der Rücklage vornehmen, sondern das ist komplett gegenfinanziert - in neue Ideen, die diese Stadt und ihre Menschen weiterhin helfen, diese Stadt voranzubringen.

Wir möchten zum Beispiel die Bezirke weiter stärken. Wir wollen den Anteil für das Stadtklima- und Verschönerungsprogramm auf insgesamt 1,34 Millionen Euro ausweiten. Das entspricht einer 50-prozentigen Erhöhung. Das ist auch ein Zeichen der Wertschätzung der sehr guten Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen in den neun Bezirksvertretungen und der Bezirksverwaltungen, die sehr gute Arbeit leisten und vor Ort auch sehr gut entscheiden können, was wichtig ist für

die Menschen vor Ort. Das wollen wir weiterhin stärken mit 2 Millionen Euro für ein Infrastrukturprogramm zur Aufwertung der Plätze. Wir wollen auch den Bezirken über den Spielplatzbedarfsplan zusätzlich 900.000 Euro bereitstellen - und nicht nur diese, sondern auch zusätzliches Personal, sodass das Geld am Ende auch ausgegeben werden kann, um hier vor Ort auch den dringenden Bedarf entsprechend zu nutzen. Köln soll weiterhin eine kinderfreundliche Stadt sein. Wir wollen diese Tendenz weiter ausbauen. Dazu gehört, dass wir insbesondere die Spielplätze in den Bezirken vor Ort zügig und schnell sanieren, vielleicht an der Stelle auch noch ehrenamtliches Engagement in Form von zusätzlichem Geld durch Spender mit einwerben können, sodass wir hier auch schnelle Ergebnisse sehen.

(Beifall bei der CDU)

Darüber hinaus wollen wir 20 zusätzliche Trinkwasserbrunnen sowie weiteres Geld für Brunnenanierungen sowie für die Fortführung der Stadtteile- und Busbibliotheken bereitstellen.

Neben den Bezirken ist ein weiterer Schwerpunkt die Wertschätzung und Förderung des Ehrenamts und des Sports. Nehmen wir nur einmal die zusätzlichen Mittel für den Neubau von Ersatzbauten im Bereich der freiwilligen Feuerwehr, wo wir über das bestehende Verwaltungsprogramm, das hier schon einen sehr guten Rahmen bietet, noch einmal 1,5 Millionen Euro in die Hand nehmen, um hier Prozesse zu beschleunigen. Wir sind auch sehr dankbar, dass die Verwaltung das Thema Wertschätzung sieht und dieses Programm von der Verwaltung entsprechend aufgesetzt worden ist: Wie können wir gerade auch junge Menschen motivieren, in der Feuerwehr weiterhin einen sehr guten Job zu machen? - Auch das ist ein wichtiger Beitrag.

Wir wollen weiterhin aus dem politischen Veränderungsnachweis einen Topf mit 400.000 Euro schaffen, aus dem die Bürgervereine Zuschüsse für Baukosten und Renovierung beantragen können, und vieles mehr in dem Bereich.

Auch das sind nur kleine Punkte, aber sie führen insgesamt dazu, dass wir die vielen Menschen in der Stadt, die sich in allen möglichen Stellen - egal, ob in der Flüchtlingskoordination, in Sportvereinen, in sonstigen sozialen Projekten, in Schützenvereinen, in Karnevalsgesellschaften - ehrenamtlich engagieren, dass wir dieses ehrenamtliche Engagement, das die Stadt seit Jahren über den Ehrenamtstag immer wieder unterstützt, zusätzlich unterstützen; denn das ist Teil des kölschen Gefühls, das ist Teil unserer Struk-

tur in Köln, und das müssen wir stärken. Dafür geben wir gern dieses zusätzliche Geld aus.

(Beifall bei der CDU)

Außerdem - das ist, ich sagte es gerade schon, im Kernhaushalt selbst - wollen wir natürlich auch das Thema Kinder und Jugendliche noch weiter fördern. Dazu zählen viele Projekte aus dem Kinder- und Jugendförderplan, für die wir 1 Million Euro zusätzlich einstellen wollen. Hinzu kommt weiterhin das Thema Ferienfreizeitkarte mit 400.000 Euro, Unterstützung für einen besseren Jugendaustausch mit den Kölner Partnerstädten in Form von 150.000 Euro, der Ausbau der Schulsozialarbeit um 15 Stellen über 1 Million Euro zugesetzt und auch die Stärkung der Rheinischen Musikschule mit einer halben Million Euro mehr - all das trägt dazu bei, dass für Kinder und Jugendliche zusätzlich neue wichtige Punkte entstehen.

Ein weiterer Schwerpunkt - ich hatte ihn gerade genannt - ist das Thema „Sportstadt Köln“. Wir wollen Köln fitter machen. Dazu zählt, dass wir das Kunstrasenprogramm zur Umwandlung von vorhandenen Ascheplätzen um 1 Million Euro ausweiten, dass die Sportvereine Jugendbeihilfe zusätzlich erhalten, dass wir 500.000 Euro für zwei neue Mehrgenerationen-Parcours schaffen wollen sowie eine bundesligataugliche Halle in Kombination mit einer Schule planen lassen.

All das sind viele kleine Bausteine zu dem guten Haushaltsansatz, die dazu beitragen, dass neben dem Schwerpunkt „Kulturstadt Köln“ auch das Thema „Sportstadt Köln“ weiter entsprechend gefördert wird.

Das Thema „Kulturstadt Köln“ zeigt das nächste wichtige Thema: Wir wollen auch die Kulturprojekte; denn Köln ist wirklich einzigartig in seiner Vielfalt. Wir haben nicht nur die guten städtischen, kommunalen Institutionen, sondern auch eine lebendige freie Szene, die wir in der Form weiter fördern wollen. Deshalb haben wir auch hier eine breite zusätzliche Initiative gestartet. Wir wollen beispielsweise - das haben wir in unserem Ratsantrag auch gesagt - die Kölner Museen den Kindern und Jugendlichen weiter näherbringen, deshalb wollen wir dort die Beitragsbefreiung entsprechend umsetzen und verstärken. Dafür stellen wir 600.000 Euro bereit.

Es ist immer wichtig, und das fehlte eben - ich hatte schon darauf hingewiesen - bei der Opposition: Wenn man Vorschläge macht, dann müssen die auch finanziert sein. Bei uns sind die Vorschläge finanziert. Das ist Teil unserer

Glaubwürdigkeit und auch der Nachhaltigkeit unserer Maßnahmen.

Wir wollen entsprechend im Bereich der Kultur - das ist momentan eines der dringendsten Probleme in der freien Szene - gerade das Thema „Atelier und Probenräume“ mit 1 Million Euro unterstützen. Denn das ist, wenn man mit den Menschen spricht, das, was vielen Künstlern momentan besonders fehlt. Wir wollen ein Kreativhaus zusätzlich aufbauen. Und auch KölnTourismus, die eine wichtige Aufgabe leisten, wollen wir entsprechend mehr fördern.

All das trägt dazu bei, die Kulturstadt Köln entsprechend positiv aufzustellen, und zwar in Kombination mit dem Land. Wir haben das Thema „Offenbach-Jahr“ im nächsten Jahr. Dazu kann ich berichten, dass wir heute im Haushalts- und Finanzausschuss auf den Weg gebracht haben - der Haushalt ist zwar noch nicht final verabschiedet, aber die CDU- und FDP-Koalition hat es auf den Weg gebracht -, dass wir das Offenbach-Jahr mit einer halben Million Euro von Landesseite zusätzlich unterstützen, um nächstes Jahr das Offenbach-Jahr würdig begehen zu können.

(Beifall bei der CDU, FDP sowie des Abgeordneten Andreas Wolter [Bündnis 90/Die Grünen])

Neben den genannten großen Ansätzen im Haushalt haben wir natürlich auch im politischen Bereich einige zusätzliche Impulse für die Bereiche Verkehr und Digitalisierung gegeben. Hierzu gehört insbesondere die Verbesserung der Taktzeiten von Straßenbahnlinien, ebenso der Ausbau von Buslinien an Wochenenden und Abenden. Wie wichtig das ist, zeigt gerade das aktuelle Gerichtsurteil zu den Dieselfahrverboten, dass wir etwas tun müssen. Schwarz-Grün hat hier die Initiative ergriffen, -

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das ist eine Lüge! Das ist doch eine Lüge!)

- um entsprechend im Haushalt - - Auch da wieder, Herr Detjen, muss ich Ihnen sagen: Wir unterstützen das Ganze durch konkrete Geldzahlung. Wir stellen nicht nur Forderungen, -

(Zuruf des Abgeordneten Jörg Detjen [DIE LINKE])

- sondern es werden Finanzmittel im Haushalt bereitgestellt.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Da müssen Sie selber grinsen, Herr Petelkau!)

Genau das ist es, was entsprechend passt. Sie können es im Haushalt nachlesen: 2 Millionen Euro. Damit können Sie hier schon einen deutlichen zusätzlichen Impuls setzen.

(Christian Joisten [SPD]: Das hat mich aber nicht überzeugt!)

Insgesamt kann man sagen, dass hier vieles richtig auf den Weg gebracht worden ist.

Wir haben darüber hinaus im Bereich der sozialen Projekte und der Partizipation viele Dinge auch im Bereich der quartiersbezogenen Sozialarbeit mit weiteren 1,4 Millionen Euro unterstützt, um auch das Sozialraumkonzept „Lebenswerte Veedel“ besserzustellen oder beispielsweise auch eine Clearingstelle Immigration im Gesundheitsamt einzurichten. All das sind wichtige Maßnahmen, die wir brauchen.

Um noch einmal auf das Thema Umweltschutz, Grün und Grünpflege zurückzukommen: Hier wollen wir 3 Millionen Euro zusetzen. Wir haben - ich sage einmal so - zum einen kleinere Themen wie zum Beispiel den Ausbau von Rasengleisen, die die Umgebung aufwerten, aber auch das Thema Verbesserung der Klimabedingungen. Wir investieren mehr in öffentliches Grün, um hier entsprechend auch Dinge positiv nach vorn zu bringen.

Wenn man das alles zusammenträgt, sieht man: Wir haben einen wunderbaren Haushalt, der nachhaltig ausgerichtet ist. Wir haben viele Initiativen für die wachsende Stadt auf den Weg gebracht, die zeigen: Es funktioniert. Es ist an der Stelle eben entscheidend, dass man eine Gegenfinanzierung hat. Das haben wir mit diesem Haushalt in der Verwaltung gezeigt, und auch mit den komplett gegenfinanzierten politischen Impulsen setzen wir diese Tendenz fort.

Damit trägt dieser Haushalt final die Handschrift des Haushaltsbündnisses, und ich möchte die Gelegenheit nutzen, um mich für die gute Zusammenarbeit mit den Grünen, mit der FDP und mit der Ratsgruppe GUT bei der entsprechenden Aufstellung unseres politischen Veränderungsnachweises recht herzlich zu bedanken. Es hat Spaß gemacht, hier über diese Dinge zu diskutieren und viele neue Impulse zu setzen.

Natürlich geht der Dank auch noch einmal an die Oberbürgermeisterin und die gesamte Verwaltung, wie ich eben schon gesagt habe. Sie ist nicht nur, wie in einer der letzten Sitzungen gesagt worden ist, die Schreibstube des Rates,

sondern hat unsere Initiativen aus den vergangenen Jahren aufgegriffen, -

(Zurufe von der SPD)

- weitergedacht und weiterentwickelt.

Ich freue mich auch, dass wir heute mit der Wahl einer Kämmerin, mit Frau Prof. Dr. Dörte Diemert, einen, glaube ich, wirklich guten Glücksgriff getan haben. Ihre herausragenden Qualifikationen lassen hoffen, dass dieser erfolgreiche Kurs, den wir in den letzten Jahren mit Gabi Klug in dieser Stadt eingeschlagen haben, fortgesetzt werden kann. Ich glaube, dass wir auch in den nächsten Jahren weiterhin sehr gute Haushalte haben werden, mit denen wir diese Stadt in neue Richtungen aufbrechen lassen und sie weiterhin so gestalten, dass es Spaß macht, in dieser Stadt zu leben, und Spaß macht, Politik zu machen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächste hat Frau Jahn das Wort.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Bevor ich in meine Haushaltsrede einsteige, erlauben Sie mir einige Worte des Dankes von der Grünen-Ratsfraktion an all diejenigen Fraktionen, Gruppen und Einzelmandatsträger, die heute der neuen Kämmerin ihr Vertrauen ausgesprochen haben. Wir alle wissen um die Aufgabe und den Anspruch, den wir an einen nachhaltigen, wirkungsorientierten und generationengerechten Haushalt einer jungen und wachsenden Stadt haben. Dies ist nicht immer ganz einfach. Ich bin mir sicher, dass Frau Diemert sich selbst ihrer großen Fachlichkeit sicher ist und sich auch sicher sein kann. Eine so große Unterstützung ist aber etwas anderes als eine Selbstverständlichkeit. Es macht die Aufgabe nicht kleiner, aber es wird ihr und uns allen gut-tun.

(Beifall bei Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU sowie von Christian Joisten [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute in der Ratssitzung ist natürlich das Thema Haushalt, und es ist auch gut, dass heute klar ist, wohin der Staffelstab von der aktuellen zur neuen Chefin der Finanzen geht. Beiden Frauen wünsche

ich von Herzen alles Gute. Wir haben uns gestern schon bei Gabi Klug in der Fraktion bedankt. Dies möchte ich hier im Hohen Haus noch einmal tun, obwohl sie nicht anwesend ist. Aber ich glaube, es tut ihr trotzdem gut.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Danken möchte ich aber auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die es uns heute ermöglichen, dass wir einen Haushalt verabschieden, stellvertretend hierfür wieder Gabi Klug und auch der Oberbürgermeisterin Henriette Reker. Ihr beide habt dazu beigetragen, dass wir nun das, was im letzten Jahr noch etwas Ungewöhnliches war, zur Regel werden lassen, nämlich die fristgerechte Einbringung, Verabschiedung und hoffentlich auch Genehmigung des Haushalts. Auch dafür vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie des Abgeordneten Ralph Sterck [FDP])

Zum wiederholten Male werden wir unserer Verantwortung, die wir gegenüber den Trägern, den Verbänden und allen Einrichtungen haben, die von städtischem Geld abhängig sind, gerecht.

Sehr begrüßenswert ist auch, dass wir im Jahr 2022 einen ausgeglichenen Ergebnisplan haben werden. Dieses Jahr schaffen wir dieses zugegebenermaßen hohe Ziel nicht. Wir haben immer noch einen Fehlbetrag von 137 Millionen Euro, aber die Perspektive ist doch sehr positiv.

Wie auch in den letzten Jahren gibt es keine Steuererhöhung und keine flächendeckenden Kürzungen. Der Haushalt finanziert genau die Maßnahmen, die auch von uns die letzten Jahre initiiert und unterstützt wurden durch unsere Beschlüsse.

Die durch unseren politischen Veränderungsnachweis zugesetzten Maßnahmen von round about 30 Millionen Euro verschlechtern das Ergebnis 2019 nicht. Auch dies ist eine gute Tradition. Die Mehreinnahmen nehmen wir aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz und aus der geringeren LVR-Umlage. In Summe ein guter, solider und zukunftsfähiger Haushalt 2019.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

Aber was sind unsere politischen Schwerpunkte? - Wir Grünen stehen beim Thema Finanzen immer für das Thema Generationengerechtigkeit. Dies heißt aber nicht nur, dass wir nicht zulasten unserer Nachkommen im Hier und Jetzt leben dürfen, dies heißt auch für uns, dass wir eine

Stadt entwickeln wollen, die sich an den Interessen und Bedürfnissen der jungen und noch heranwachsenden Generationen orientiert. Was passt da nicht besser, als einmal zu schauen, was uns die aktuelle Jugendbefragung mit auf den Weg gibt? Ich kann sie nur jedem und jeder empfehlen.

Darin stehen Themen wie: mehr und sicherere Radwege, besserer ÖPNV und bessere Taktung von Bus und Bahn, -

(Andreas Pöttgen [SPD]: Das haben Sie abgelehnt!)

- mehr Plätze, in denen man sich treffen kann, mehr Grünflächen, mehr Sport- und Spielflächen, bezahlbarer Wohnraum für Studenten und junge Menschen, Klima- und Umweltschutz, BürgerInnen-Beteiligung, natürlich gute Bildungsangebote und interessante Kulturangebote. So die aktuelle Jugendbefragung.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Gegen den Vorschlag haben Sie gestimmt!)

Ich denke, dass wir, wenn wir Seniorinnen und Senioren befragen würden, zu einem ähnlichen Ergebnis kommen würden. Somit haben wir uns in dem Haushalt auch an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientiert.

Eines der drängendsten Probleme dieser Stadt - wie übrigens aller großen Metropolen - ist das Thema „bezahlbarer Wohnraum für breite Teile der Bevölkerung“. Bis 2021 stehen insgesamt 99 Millionen Euro rein kommunale Mittel für den geförderten Wohnraum zur Verfügung. Zusammen mit dem kooperativen Baulandmodell, das vorschreibt, dass überall dort, wo wir Planrecht schaffen, mindestens 30 Prozent geförderter Wohnraum gebaut werden muss, und mit der Bereitstellung von Flächen wird das Thema „geförderter Wohnraum“ Fahrt aufnehmen.

(Christian Joisten [SPD]: Wenn man die Baugenehmigung hat!)

Intensiv bearbeiten wir zusammen den Deutzer Hafen, die Flächen in Mülheim-Süd, die Parkstadt Süd, Rondorf Nord-West und Kreuzfeld parallel, lieber Herr Joisten. Alles Quartiere, die in der Planung und zum Teil schon in der Umsetzungsphase sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf des Abgeordneten Andreas Pöttgen [SPD])

Alle Quartiere, die neu entstehen werden, müssen gemischte, lebendige Stadtteile sein, in de-

nen Menschen unterschiedlicher Lebenslagen, unterschiedlicher Einkünfte, unterschiedlichen Alters und auch unterschiedlicher Herkunft leben sollen. Wir müssen und werden die Stadt in seiner Vielfalt bauen.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Pöttgen [SPD])

Gleichzeitig drängen wir aber zurück, was für das Wohnen schädlich ist. Wir regulieren und machen dies auch ganz explizit in diesem Haushalt mit der Wohnraumschutzsatzung. Wir wissen, dass dies ein sehr, sehr mühsames Geschäft ist - die Umsetzung der Wohnraumschutzsatzung. Aber diese Umsetzung scheuen wir nicht und haben aktuell neun Stellen zugesetzt, damit man diesem Betrug endlich entgegen treten kann; denn Wohnraum zweckzuentfremden ist kein Kavaliersdelikt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Christian Joisten [SPD]: Jahrelang ist nichts getan worden!)

Dies alles geht nicht ohne Beschleunigung der Prozesse und der Zusetzung von Personal. Auch dies läuft. Sicherlich sind wir uns darüber einig, dass wir den Anspruch haben, dass es schneller und besser läuft, aber wir stellen uns richtig auf.

(Christian Joisten [SPD]: Wie?)

Ich habe nicht ganz unbegründet am Anfang die Jugendbefragung ins Zentrum meiner Rede gerückt. Das Leitmotiv, aus kleinen Pänz große Demokraten werden zu lassen, ist eines der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben, die wir haben. Dazu gehören Schulen, Kitas, Freizeitangebote und auch Räume, in denen Jugendliche spielen und sich treffen können. Insgesamt setzen wir durch den politischen Veränderungsnachweis 5,6 Millionen Euro den bereits geplanten 9,7 Millionen Euro für den Jugendetat hinzu.

(Beifall von Luisa Schwanitz [Bündnis 90/Die Grünen], Bernd Petelkau [CDU] sowie Dr. Nils Helge Schlieben [CDU])

Diese 5,6 Millionen Euro gehen unter anderem in die Spielplätze, und wer den neuen Spielplatzbedarfsplan einmal gelesen hat, der weiß, dass es sehr gut angelegtes Geld ist; denn das Geld fließt bei uns sowohl in die Infrastruktur als auch in die strukturelle Verbesserung vor Ort. Die Sanierung von Schultoiletten ist das eine, deren Reinigung genauso. „Gleichermaßen“ heißt aber Fördern von Kindern und Jugendlichen, aber auch Beziehungsarbeit. Deshalb freue ich mich, dass wir den Ausbau der Schulsozialarbeit um

weitere 15 Stellen heute beschließen, und ich freue mich perspektivisch, dass wir den Ausbau weiter forcieren werden.

(Beifall von Bernd Petelkau [CDU] und Dr. Nils Helge Schlieben [CDU])

Denn unser Ziel ist und bleibt es, Kindern und Jugendlichen überall in Köln gleiche Chancen zu geben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

Die befragten Jugendlichen äußern sich auch ganz dezidiert zur Mobilitätswende. Sie fordern zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung von Bus und Bahn. Sie wollen eine bessere Taktung, und sie wollen bessere und sicherere Radwege. Da kann ich ihnen nur recht geben und anscheinend das Gericht auch; denn vor dem Hintergrund, dass wir Dieselfahrverbote bekommen werden, ist es umso wichtiger, dort Fahrt aufzunehmen.

(Andreas Pöttgen [SPD]: Warum habt ihr dagegen gestimmt?)

Im Haushalt 2019 stehen Mittel in Höhe von 76 Millionen Euro für den Ausbau des ÖPNV und zur Verbesserung des Modal Split zur Verfügung, weitere 2 Millionen Euro für Taktverdichtung von Bus und Bahn, vor allem am Wochenende und am Abend.

Ein Schwerpunkt unserer Politik bleibt die Verbesserung der Mobilität. Und Verbesserung heißt für uns: mehr Rad, mehr ÖPNV und mehr Zu-Fuß-Gehen; denn das ist auch gut für die frische Luft.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Bernd Petelkau [CDU])

10 Millionen Euro für die Generalsanierung von Radwegen; die Mittel für die Fahrradstreifen sind noch einmal aufgestockt worden. Wer aktuell in der Stadt unterwegs ist, der merkt, wie überall Radstreifen markiert werden. Wenn er dann merkt, wie toll es ist, darüber zu fahren, weiß auch, dass wir davon mehr haben wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mehr Klimaschutz und Maßnahmen gegen den Klimawandel und dessen Folgen - eine Forderung von immer mehr Menschen in dieser Stadt und in diesem Land. Klimawandel ist spürbar, und dies ist beängstigend. Zugleich erreichen wir unsere Klimaschutzziele nicht. Da müssen wir besser werden. Deshalb ist das Dachfassaden- und Hofbe-

grünungsprogramm auch so wichtig. Mit 3 Millionen Euro finanzieren wir nun die Begrünung der Stadt. So wirken wir effektiv gegen die zunehmende Überhitzung der Stadt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie von Bernd Petelkau [CDU] und Dr. Nils Helge Schlieben [CDU])

Das Förderprogramm „Altbausanierung und Energieeffizienz“ wird ungeschmälert fortgesetzt. Den politischen Veränderungsnachweis veranschlagen wir mit fast 1 Million Euro für mehr öffentliches Grün und Biodiversität. Bereits jetzt sind 9,6 Millionen Euro im Haushalt etatisiert für weitere Grünmaßnahmen. Das ist gut.

Dass ein nachhaltiges Leben auch Spaß machen kann, erfahren wir jedes Jahr beim „Tag des guten Lebens“. Hier haben wir einmal die Gelegenheit, zu erleben, was passiert, wenn ein Stadtteil autofrei ist, wenn Menschen Räume haben, um zusammenzukommen, wie soziales Leben dann aussehen kann. Es ist ein Modell, das uns aber aufzeigt, wie es auch gehen kann. Deshalb stocken wir den „Tag des guten Lebens“ auf 80.000 Euro dieses Mal auf.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir dürfen aber bei so viel Gut zum Leben nicht ignorieren, dass es Lebenslagen in Köln am Rande der Gesellschaft gibt. Dies muss ins Zentrum unseres sozialpolitischen Handelns rücken. Zu den 1,1 Milliarden Euro des Sozialtats packen wir noch einmal 1,4 Millionen Euro obendrauf.

Dabei sind drei Maßnahmen, die ganz besonders hervorzuheben sind. Zum einen die Gemeinwesenarbeit, also die kleinräumige Unterstützung von benachteiligten Menschen um 500.000 Euro. Damit verbinden wir das Ziel, in mehr Gebieten mehr Menschen zu stabilisieren und deren Lebenslagen zu verbessern. Wir finanzieren auch weiter die Unterstützung für osteuropäische Migrantinnen und Migranten.

Ein Projekt, das mir sehr wichtig ist, ist das Sozialraumkonzept „Lebenswerte Veedel“. Wir wollen das konzeptionell weiterentwickeln und den neuen Herausforderungen der wachsenden Stadt anpassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU - Zuruf des Abgeordneten Christian Joisten [SPD])

- Sie hatten Ihre Zeit.

Köln wäre nicht Köln ohne all seine Töne, Klänge und Farben. Die Vielfalt der Kultur gehört zur Stadt. Deshalb setzen wir insgesamt 5 Millionen Euro weitere Impulse in die Kultur.

Als Grüne machen wir keinen Hehl daraus, dass wir aktuell ein besonderes Augenmerk auf die laute Clubszene haben. Sie ist zurzeit an vielen Stellen der Stadt gefährdet. Sie wird an vielen Stellen - wie etwa in Ehrenfeld - von ihrem eigenen Erfolg plattgemacht, nämlich dann, wenn Sie ein Viertel interessant machen und die Aufmerksamkeit von Investoren darauf lenken.

Aber wir sind nicht der Meinung, dass die Clubszene in ein Viertel gekommen ist, um dann wieder zu gehen. Wir sind der Meinung, sie ist in ein Viertel gekommen, um dort auch zu bleiben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb soll ab 2019 ein Lärmschutzfonds für Förderprogramme mit 300.000 Euro ins Leben gerufen werden, damit die Clubs bei der Einhaltung der Lärmnorm unterstützt werden können.

Eine zweite Maßnahme, die uns in der Kultur ganz besonders am Herzen liegt, bezieht sich wieder auf Kinder und Jugendliche - wen wundert's? Alle Kinder und Jugendlichen sollen in Zukunft freien Eintritt in alle Ausstellungen und Sonderausstellung in dieser Stadt bekommen. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Bildung. Wir hoffen, dass wir damit mehr Kinder und Jugendliche motivieren können, diese zugegebenermaßen sehr, sehr empfehlenswerten Sonderausstellungen zu besuchen. Es soll ein Anreiz sein, dass sie kommen und sich anschauen, was wir für Schätze in dieser Stadt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Haushalt, der sich an den Bedürfnissen der Menschen und vor allem der jungen Menschen in dieser Stadt orientiert, ein Haushalt der generationengerecht und nachhaltig ist, ein Haushalt, der auch zukünftigen Generationen Luft zum Atmen lässt, ein Haushalt, den wir heute sehr gern beschließen. Ich freue mich, dass die Haushaltsberatungen - diesbezüglich ein Dank an alle Kolleginnen und Kollegen - so intensiv - auch vier Wochen kann man sehr intensiv nutzen, Herr Joisten - waren und auch Spaß gemacht haben und eine gute Auseinandersetzungskultur waren. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen hat das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich habe jetzt 15 Minuten.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Du kannst von mir fünf Minuten haben!)

Ich möchte mich als Erstes noch einmal bei der Kämmerin Frau Klug sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzverwaltung bedanken. Sie haben zum zweiten Mal - es ist ja nicht das erste Mal - einen fristgerechten Haushalt vorgelegt.

Die Verwaltung hat ungefähr ein Dreivierteljahr aufgeholt. Wenn wir uns erinnern, wie es in der Verwaltung ist, dann ist es eine sehr lange Zeit, ein Dreivierteljahr aufzuholen. Insofern vielen Dank für diese Arbeit.

(Beifall bei der Linken sowie bei Teilen von CDU und vom Bündnis 90/Die Grünen und von FDP)

Meine Damen und Herren, ich kann mich nicht daran erinnern, dass in den letzten zwanzig Jahren derart drängende Aufgaben und damit auch finanzielle Herausforderungen in Köln vor uns standen wie in nächsten Jahren. Wir haben eine Tragfähigkeitslücke in Höhe von 460 Millionen Euro jährlich - Schuldenlasten, aber auch Investitionen, die seit Jahren ausstehen, und Investitionen für die weitere Entwicklung Kölns.

Wie antwortet Jamaika darauf? Gar nicht. Sie nehmen zu diesen Problemen faktisch gar nicht Stellung.

Verwaltung und Politik befinden sich in einer schweren Krise. Die große gesellschaftliche Zerstrittenheit spiegelt sich auch in der Kölner Kommunalpolitik wider, gespickt mit zahlreichen eigenen Problemen, Skandalen und Friktionen.

Die Anforderungen, die wir heute haben, erinnern mich an die vorletzte Jahrhundertwende, als die Stadt Köln in drei Jahrzehnten von 200.000 auf 600.000 Einwohner wuchs.

Im ausgehenden 19. Jahrhundert wuchs die Industrie, Arbeitskräfte zogen nach Köln, und es herrschte eine bittere Wohnungsnot. Es bildeten sich damals - insbesondere in Köln - aus der katholischen Arbeiterbewegung Wohnungs- und Konsumgenossenschaften. Die Kölner Kapitalisten und die Stadtverwaltung konnten das Problem nicht mehr aussitzen, weil Eigeninitiative

entstand. Sie fingen sehr spät an, Wohnungen zu bauen und die Not zu lindern. Die Kapitalisten hatten begriffen, dass eine Steigerung der Ausbeutung der Arbeitskräfte nur möglich ist, wenn Bildung und soziale Bedingungen verbessert werden.

Eine derartige Strategie der kapitalistischen Entwicklung kann ich heute nicht erkennen. Heute sehe ich nur eine einfältige, gelangweilte Bereicherung der gehobenen Mittelschichten und reicher Rentiers. Verwaltung und Wohnungskapitalisten sind noch nicht einmal dazu in der Lage, ihre 6.000 Wohnungen, die sie jährlich vereinbart hatten, auch tatsächlich zu bauen. Meines Erachtens ist das ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der Linken und von Andreas Pöttgen [SPD])

All das, meine Damen und Herren, wird auf dem Rücken der 200.000 Menschen in Köln mit geringem Einkommen abgeladen. 23 Prozent der Armutsgefährdeten haben wir in der Stadt, 6 Prozent Reiche und dazwischen Mittelschichten im oberen und unteren Bereich.

Das durchschnittliche Haushaltseinkommen einer Alleinerziehenden in Köln beträgt 1.900 Euro. Selbst wenn sie nur ein Kind hat, braucht sie mindestens eine 65-Quadratmeter-Wohnung. Dafür werden laut aktuellem Mietspiegel in Köln 650 Euro fällig. Hinzukommen Heizkosten in Höhe von 60 Euro und Nebenkosten in Höhe von 140 Euro.

Sie muss dann nicht mehr nur 30 Prozent - wie es früher üblich war -, sondern 45 Prozent des Einkommens für Wohnen ausgeben. Das ist, meine Damen und Herren, die Realität und gleichzeitig ein Skandal.

(Beifall bei der Linken)

Wir fordern als Linke preiswerten und bezahlbaren Wohnraum.

Die FAZ berichtete am 21. Oktober - ich zitiere extra diese Zeitung, weil das vielleicht das konservative Lager etwas erschüttert -:

„Für das untere Fünftel der Einkommensbezieher ist die Wohnkostenlast in [den] Jahren [1993 bis 2013] von 27 Prozent auf 39 Prozent gestiegen, während sie für das obere Fünftel der Verdienere gefallen ist: Sie mussten statt 16 Prozent nur noch 14 Prozent ihres Nettoeinkommens zur Deckung des Wohnbedarfs ausgeben.“

Die Ungleichheit nimmt also rasant zu. Noch einmal FAZ:

„Demnach hat die Spreizung der Nettoeinkommen zwischen einem mittleren Verdienner ... und den unteren zehn Prozent im untersuchten Zeitraum um 22 Prozentpunkte zugenommen, berücksichtigt man die Wohnkosten, betrug sie fast das Dreifache.“

Diese Spreizung ist seit 2013 - das waren die Zahlen aus 2013 - noch einmal enorm gestiegen. Die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt deformiert unser Köln. Das ist die Situation.

(Beifall bei der Linken)

Die Lebensverhältnisse driften extrem auseinander. Wenn wir uns unter diesen Gesichtspunkten insbesondere den Veränderungsnachweis des Jamaika-Bündnisses am Haushaltsentwurf ansehen, müssen wir feststellen: Es wird im Wesentlichen das Wählerklientel bedient.

Herr Petelkau, Sie haben hier eben in Ihrer Haushaltsrede eine große Klappe gehabt.

(Zurufe: Oh! - Lachen bei der SPD)

Entschuldigen Sie diese flapsige Formulierung, aber das muss ich doch schon einmal sagen. Wenn Sie dann, meine Damen und Herren - ich empfehle Ihnen, das alles zu lesen - die Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer Köln zu Ihrem Haushaltsbeschluss lesen, steht darin: keine Perspektive, keine Strategie, also nichts davon. So viel zu Ihren Freunden von der Industrie- und Handelskammer.

(Beifall bei der Linken und der SPD)

Köln braucht einen roten Faden, eine Strategie für eine soziale und ökologische Stadtentwicklung. Der Bau von neuen, preiswerten Wohnungen ist der Schlüssel für eine solche Strategie. Der Bau von Wohnraum ist gleichzeitig eine Art Vorschub für alle anderen gesellschaftlichen Bereiche in Köln. Das möchte ich im Folgenden detailliert und punktweise darstellen.

Erstens: eine höhere Wertschöpfung für Industrie, Handel und Handwerk und damit verbunden mehr Gewerbesteuer und höhere Einkommen.

Das Deutsche Institut für Urbanistik hatte 2015 das Stadtentwicklungsprojekt „Bahnstadt Heidelberg“ untersucht und kam zu folgendem Fazit: zusätzliche Wertschöpfung, jährliche Erträge höher als die Aufwendungen, positive Auswirkungen auf Wohn- und Arbeitsmarkt, dauerhafte

Steuereinnahmen und positive Auswirkungen auf die Region.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das passiert doch gerade!)

Das DiFu spricht von einem Impuls allein durch dieses Projekt in Höhe von 2 Millionen Euro und eine Wertschöpfung für die Stadt Heidelberg in Höhe von 300 Millionen Euro.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das passiert doch gerade!)

Meine Damen und Herren, die Firma Aurelis hat in Düsseldorf das Projekt „Le Quartier Central“ untersuchen lassen und verschiedenste volkswirtschaftliche Effekte dargestellt, wobei ich nur eine herausgreifen will: zusätzlich 6 Millionen Euro mehr Steuereinnahmen für die Stadt Düsseldorf in jedem Jahr. Das ist es, was man mit Wohnungsbau bewirken kann.

(Niklas Kienitz [CDU]: Ja, das passiert doch gerade!)

Es gibt also weitere Bereiche, die durch den Wohnungsbau - wenn man den forciert - angeschoben werden können.

Zweitens: Schaffung von Arbeitsplätzen mit guter Bezahlung und die Reduzierung der Arbeitslosigkeit.

Drittens: neue Klimaschutzmodelle bei Häusern, zum Beispiel Begrünung und Solaranlagen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das machen wir!)

Viertens: Wenn mehr Leute in Köln wohnen, können wir die Verbesserung und Ausweitung der Mobilität erhöhen -

(Niklas Kienitz [CDU]: Das machen wir!)

- und insgesamt die Anforderungen an den Klimaschutz verbessern.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das machen wir!)

Fünftens: Wir können das Herausfallen von immer mehr Wohnungen aus der Sozialbindung verhindern. Wir müssen schnell wieder über 10 Prozent kommen, und wir müssen langfristig den Anteil von kommunalem und öffentlichem Wohnungsbestand deutlich erhöhen.

(Beifall bei der Linken)

Wir meinen, wir brauchen eine zweite GAG. Mehr Sozialwohnungen bedeuten auch geringe

Ausgaben für soziale Leistungen. Der Nutzen für die Leute und der Vorteil für den städtischen Haushalt sind damit deutlich verbunden.

Sechstens: Wir können die Selbstorganisation und die Beteiligung der Kölnerinnen und Kölner verbessern, indem wir kleine Genossenschaften und Baugruppen fördern und unterstützen.

Siebtens: Der Bau von Wohnungen für Geflüchtete führt zu einer besseren Unterbringung und senkt die Kosten für die Hotelunterbringung.

Achtens: Im Zusammenhang mit dem Wohnungsneubau können wir schneller neue Kitas bauen.

Neuntens: Köln wird wachsen, und zwar zusammen mit dem Umland. Köln braucht insgesamt 65.000 Wohnungen. Die können wir gar nicht in Köln bauen, sondern müssen 18.000 Wohnungen im Umland bauen. Warum können wir uns nicht mit dem Umland zusammenschließen? Gerade in der Diskussion über die Strukturentwicklung in der Region wäre das ein entscheidender Beitrag.

(Beifall bei der Linken)

Meine Damen und Herren, aus diesen Gründen haben wir das Thema „bezahlbaren Wohnraum“ in das Zentrum unseres Veränderungsnachweises gestellt. Bezahlbare Wohnungen sind aus unserer Sicht der Angelpunkt für die Entwicklung dieser Stadt.

Der Rat muss gestalten. Er braucht einen roten Faden. Er braucht eine Strategie, und daran mangelt es beim Jamaika-Bündnis.

Gleichwertige Lebensverhältnisse gibt es in Köln immer weniger. Vielmehr driften die Lebensverhältnisse stark auseinander. Der Anteil der Bezieher der Grundsicherung ist von 2005 bis 2016 von 4,8 Prozent auf 7,6 Prozent gestiegen. Das sind insgesamt 14.000 Menschen; die Zahl hat sich verdoppelt.

Besonders erschreckt hat mich der Rentenreport des DGB NRW. Die durchschnittliche Rente nur von den Männern beträgt in Köln 999 Euro. Meine Damen und Herren, die durchschnittliche Rente in Essen und Duisburg, also im Ruhrgebiet, beträgt 1.100 Euro. Daran können Sie erkennen: Wir haben hier in Köln ein Problem.

(Beifall bei der Linken und von Christian Joisten [SPD] sowie von Michael Frenzel [SPD])

Aber diese schlechten Renten hängen auch mit den geringen Verdiensten zusammen, und man muss 40 Jahre arbeiten und immer mindestens 12,63 Euro pro Stunde verdienen, damit man überhaupt eine Rente über der Grundsicherung zu bekommen. An diesem Thema, meine Damen und Herren, müssen wir arbeiten.

All das beweist, dass die Stadt die Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen als eine Kernaufgabe sehen muss. Dazu gehören Bildung für alle, mehr Stellen an den Kitas, mehr Qualität für OGTS, Vielfalt entwickeln und Integration stärken sowie kostenloser Besuch von Museen.

DIE LINKE tritt für gleichwertige Lebensverhältnisse ein. Auch deshalb müssen wir die städtischen Kliniken in städtischer Hand behalten.

(Beifall bei der Linken)

Wir werden als Stadt bestimmt noch viel Geld in die Hand nehmen müssen, um langfristige Investitionen für eine gute gesundheitliche Versorgung zu ermöglichen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben es verdient, dass wir zu ihnen stehen. Sie haben über Jahrzehnte gute Arbeit geleistet. Wir stehen zu ihnen. Lassen Sie uns gemeinsam für ein soziales und solidarisches Gesundheitswesen in Köln kämpfen.

Gleichwertige Lebensverhältnisse werden wir in Köln nur erreichen, wenn es ein überparteiliches Thema wird und der Rat, die Verwaltung und die zivile Gesellschaft zusammen auch den Bund unter Druck setzen, dass der die Gelder bereitstellt. Wir müssen gegenüber dem Land und dem Bund darauf pochen: Wer beschließt, der muss auch zahlen! Dieser Verfassungsgrundsatz der Konnexität muss eingehalten werden.

Wenn die Landesregierung meint, die Olympischen Spiele 2032 nach NRW holen zu wollen, dann kann sie das gern beschließen und auch vollständig planen, dann aber auch vollständig bezahlen. Deshalb sollte sich Köln an der Durchführung dieser „Brot und Spiele“-Veranstaltung nicht beteiligen. Wir wollen Kreuzfeld schnell bebauen, Frau Oberbürgermeisterin, und nicht erst als Olympisches Dorf eröffnen.

(Beifall bei der Linken)

Wenn Sie die Olympischen Spiele nach NRW holen, dann wird die Stadtverwaltung, die jetzt schon gnadenlos überfordert ist, zu unseren laufenden Arbeiten gar nicht mehr kommen.

Wenn dann noch die Ost-West-U-Bahn geplant und gebaut werden muss, wird sich das Kölner mittlere Chaos in ein gigantisches Chaos steigern.

Deshalb mein Appell an die SPD: Sie dürfen nicht auf die Neoliberalen und Konservativen im wahrsten Sinne des Wortes abfahren. Lassen Sie uns die oberirdische Lösung umsetzen und in einigen Jahren über die langfristige Tunnellösung unter dem Rhein entscheiden.

(Beifall bei der Linken und von Thor-Geir Zimmermann [Ratsgruppe GUT])

Meine Damen und Herren, das heutige Urteil des Verwaltungsgerichts Köln mit Fahrverboten für Diesel-Autos macht deutlich: Wir brauchen keine Tunnel, sondern Busspuren und eine oberirdische ÖPNV-Lösung, die in absehbarer Zeit auch verwirklicht werden kann.

(Beifall bei der Linken und von Thor-Geir Zimmermann [Ratsgruppe GUT])

Köln braucht jetzt eine Gesamtstrategie, in der Wohnungsbau der Schlüssel für die Lösung ist und nicht der Bau von Tunnel. Wir brauchen einheitliche Lebensverhältnisse und keinen Beton. Das macht schon die neoliberale Landesregierung in Düsseldorf, indem sie die Mittel für die starken Veedel zerschlagen hat.

Schlussbemerkung von mir: DIE LINKE war die einzige Partei - vielleicht wäre es besser, wenn es auch noch andere gäbe -, die im Rat einen eigenen Veränderungsnachweis vorgelegt hat. Es ist nicht so einfach - das ist jetzt auch an Schwarz-Grün gerichtet -, mit wenig finanziellen Mittel den Haushalt überhaupt so zu gestalten. Das ist eigentlich gar nicht möglich. Das macht zu 99 Prozent im Wesentlichen die Verwaltung.

(Niklas Kienitz [CDU]: Und das hat sie gut gemacht!)

Sie drehen da noch einmal 1 Prozent. Damit kann man die Welt nicht verändern, wenn man keine Strategie hat. Diese Strategie fehlt. Darüber würde ich gern mit Ihnen im Rahmen der Haushaltsberatungen streiten, aber auch nach den Haushaltsberatungen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken und von Christian Joisten [SPD] sowie Andreas Pöttgen [SPD])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Zum zweiten Mal infolge gelingt es heute, einen städtischen Haushalt so früh zu verabschieden, dass er zum Jahresbeginn auch in Kraft treten kann. Dieser alten Forderung der FDP-Fraktion hat sich auch Henriette Reker angeschlossen und mit ihrem Amtsantritt umgesetzt. Dafür herzlichen Dank an die Oberbürgermeisterin, -

(Beifall bei der FDP)

- an die Kämmerin und an das ganze Team der Kämmerei, die das ermöglicht haben.

(Beifall bei der FDP)

Das war der letzte Haushalt, den Frau Klug für die Stadt Köln erstellt hat. Dass sie von ihrer Fraktion keine Verlängerung bekommen hat, hat sicher andere Gründe als das erreichte Terminziel.

Im Namen der FDP-Fraktion sage ich herzlichen Dank für das Engagement für die Stadt Köln und die vertrauensvolle Zusammenarbeit in den letzten Jahren.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, denke ich an Köln in der Nacht, bin ich um den Schlaf gebracht - frei nach Heinrich Heine. In Bezug auf unsere Schwesterstadt rheinabwärts möchte ich meine derzeitige Gemütslage zu meiner Vaterstadt ausdrücken; denn Köln ist nicht gut aufgestellt und löst bei Zeitgenossen innerhalb und außerhalb der Stadtmauern immer wieder Kopfschütteln aus. Sonntagsöffnungen, Klinikfusionen, Fahrverbote sind nur die Spitze eines Eisbergs der Ärgernisse und offenen Baustellen.

Die Stadtwerke-Affäre ist ein Beispiel, das einen fassungslos zurücklässt. Aber nicht nur ihr Zustandekommen ist ein herber Rückfall in längst überholt gehoffte Klügelstrukturen; denn auch die Reaktionen einiger Protagonisten ist bemerkenswert.

Hier sticht aus meiner Sicht die SPD-Fraktion besonders heraus. Man müsse denken, sie würde jetzt kleine Brötchen backen und mit vertrauensbildenden Maßnahmen Leute Läuterung dokumentieren. In Wahrheit aber kapert sie mit Hilfe der Arbeitnehmervertreter erst den Stadtwerke-Aufsichtsratsvorsitz und wiederholt das Spiel gerade beim neuen KVB-Chef bzw. der neuen -Chefin.

(Christian Joisten [SPD]: Das ist nachweislich falsch! - Beifall bei der FDP und von Niklas Kienitz [CDU])

Dieses Verhalten untergräbt die Mitbestimmung und vergiftet die demokratischen Gepflogenheiten.

(Zuruf des Abgeordneten Christian Joisten [SPD] - Peter Kron [SPD]: Thema verfehlt!)

Wenn unsere geschätzte Verkehrsdezernentin Andrea Blome nun tatsächlich in den Vorstand der Düsseldorfer Rheinbahn wechselt, weil ihr untersagt wurde, sich für den Chefsessel der KVB zu bewerben, steht das Ratsbündnis endgültig vor einem Scherbenhaufen seiner Personalpolitik.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die Zahl der Wohnungen, für die im ersten Halbjahr 2018 in Köln Baugenehmigungen erteilt wurden, ist um mehr als 25 Prozent eingebrochen, wie IT.NRW mitgeteilt hat. So wurden nur noch 1.003 neue Wohnungen genehmigt, nachdem es im Vorjahr noch 1.359 waren.

Eine unheilige Allianz aus SPD, CDU und Grünen bringt den Kölner Wohnungsbau Schritt für Schritt zum Erliegen. Immer neue bürokratische Hürden belasten den Standort und schrecken Investoren ab. Kooperatives Bauland-Modell, durch das übrigens nach Auskunft von Herrn Greitemann bisher keine einzige geförderte Wohnung geschaffen wurde, Milieuschutzsatzungen, städtisches Vorkaufsrecht für Grundstücke, Konzeptvergaben usw. beschäftigen unnötig die Verwaltung und hindern sie daran, sich um Baugenehmigungen und Baulandausweisungen zu kümmern.

Was Köln braucht, um die angestrebten 6.000 neuen Wohnungen pro Jahr auch nur annähernd zu erreichen, ist eine Entfesselung der Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau. Für zunächst fünf Jahre sollten alle bürokratischen Investitionshemmnisse auf Eis gelegt werden, um alle Kapazitäten in der Stadtverwaltung auf die Schaffung von Planungs- und Baurecht zu konzentrieren und trotz der Angebotsknappheit in der Bauindustrie eine Trendumkehr für mehr neue Wohnungen einzuleiten.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Joisten, wenn Sie nach dem Hauptausschuss am Montag und heute noch einmal das Thema Kreuzfeld hier aufbringen,

muss ich Ihnen noch eines ins Stammbuch schreiben: Wenn Sie versuchen, die Verantwortung dafür bei der Verwaltung oder bei der Oberbürgermeisterin abzuladen - schließlich war es die SPD-Fraktion und Ihr stadtentwicklungspolitischer Sprecher, -

(Beifall von Dr. Ralph Elster [CDU] und Dr. Nils Helge Schlieben [CDU])

- der dieses Projekt über Jahre behindert hat, -

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Genau!)

- kommen wir heute mit Kreuzfeld nicht weiter. Die Schuldigen dafür sitzen in Ihrer Fraktion.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU - Christian Joisten [SPD]: Seit 2016 gibt es den Beschluss des Rates!)

Meine Damen und Herren, in der Verkehrspolitik wird ein Anti-Autofahrer-Kurs gefahren, der unerträgliche Blüten treibt. Auf dem nördlichen Gürtel wird nur ein Radweg statt die für die angrenzenden Veedel nötige Entlastungsstraße gebaut. Auf dem Theodor-Heuss-Ring wird eine Fahrrad-Autobahn markiert, die keiner braucht -

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

- und nur 39 Stellplätze kostet. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld hat gerade beschlossen, auf dem ohnehin staugeplagten Ehrenfeld-Gürtel jeweils die rechte Spur als Fahrradstreifen umzubauen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Assistiert, meine Damen und Herren, wird dies sowohl beim Wohnungsbau als auch beim Verkehr jeweils von der CDU. Das Prinzip Merkel, einer Partei jegliches inhaltliches Profil zu nehmen, funktioniert somit auch in Köln.

(Bernd Petelkau [CDU]: Ah! - Beifall bei der FDP)

Für die Grünen geht damit der Kampf gegen die Ost-West-U-Bahn los. Sie sind lieber für 90-Meter-Züge im Minutentakt, die die Stadt zustellen und an 54 Stellen -

(Zuruf von der Linken)

- mit den übrigen Verkehrsteilnehmern in Konflikt kommen. Lieber eine viergleisige oberirdische Haltestelle, die den halben Neumarkt belegt, und eine überfrachtete Aachener Straße, auf die dann noch nicht einmal ein Radweg passt, und lieber die Zuschussgelder des Bundes nach Bayern fließen lassen, damit sich der CSU-

Verkehrsminister freut und die Stadt München ihr U-Bahn-Netz ausbauen kann. So, meine Damen und Herren, sieht erfolgreiche Verkehrspolitik à la Grün für eine Millionenmetropole aus.

(Beifall bei der FDP)

Die Entscheidung über die Ost-West-Achse ist die wichtigste, die in dieser Ratsperiode gefasst wird. Es ist ein Jahrhundertwerk, für das wir nur einen Aufschlag haben; denn einmal eingesetzte Zuschussgelder binden die Stadt für Jahrzehnte. Hier sind insbesondere SPD und CDU gefordert, das Projekt über Wahlen und wechselnde Mehrheiten zu tragen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, auch für den Haushalt 2019 und damit zum dritten Mal in Folge trägt das Reker-Bündnis aus CDU, Grünen, FDP sowie Ratsgruppe GUT die Verantwortung. Die Liberalen sind mit dem Verhandlungsergebnis sehr zufrieden und schließen sich dem Dank der Vorredner für die gute Zusammenarbeit in dieser Frage an.

Fast alle von uns priorisierten Projekte sind im gemeinsamen Haushaltsbeschluss enthalten. Dort, wo es uns nicht gelang, konnten wir Alternativen durchsetzen. Der magentafarbene Faden in der FDP-Liste ist, Kinder und Jugendliche zu fördern. Daneben waren unsere Schwerpunkte Digitalisierung, Verkehr und Sport. Köln ist eine wachsende Stadt mit immer mehr Kindern und Jugendlichen. Darum setzen wir uns für bessere Unterstützung von Kinder- und Jugendeinrichtungen ein - dort, wo heute schon Bedarf zu sehen ist, wie zum Beispiel in Rondorf.

Für ein qualitativ gutes Angebot und eine Verkürzung der langen Wartezeiten haben wir den Zuschuss für die Rheinische Musikschule kräftig erhöht. Den Mitternachtssport gerade in sozialen Brennpunkten wollen wir mit sechs neuen Angeboten erweitern. Die Stadtnaherholung für Kinder, die in den Ferien in Köln bleiben, wird ausgebaut.

(Beifall bei der Linken)

Außerdem haben die haushaltstragenden Fraktionen auf Vorschlag der FDP-Fraktion das Sonderprogramm „Sanierung Schultoiletten“ um 1 Million Euro erweitert; denn der Zustand unserer Schultoiletten in Köln stinkt leider nach wie vor zum Himmel.

Die öffentlichen W-LAN-Hotspots sollen um 440 Standorte auf den Plätzen und wichtigen Orten

außerhalb der Innenstadt erweitert werden. Ehrenfeld, Nippes und Mülheim gehen online.

Auch fand unser Vorschlag für das Pilotprojekt, an stark frequentierten KVB-Haltestellen W-LAN- und USB-Tankstellen für Handys einzurichten, Zustimmung.

(Beifall bei FDP)

Die Stadt stellt nun Mittel für die Cologne Coding Summer School zur Verfügung, in der Kinder und Jugendliche in den Sommerferien an Programmierkursen teilnehmen können.

Damit aber die Lehrerschaft den Kindern digital überhaupt noch etwas beibringen kann, wurde auf unseren Vorschlag hin die Finanzierung des „Digital Education Day“ als Informationsangebot für Lehrer aufgestockt.

Wie schon im letzten Haushalt setzen wir uns für die Beleuchtung von Radwegen in den Außenbezirken ein. Ein alter rot-grüner Ratsbeschluss verbietet selbst bei Schulradwegen durch Waldstücke oder Parks eine Beleuchtung. Lichtverschmutzung, Insektenwohl stachen bisher wohl Angsträume und Kinderschutz aus. Das soll sich nun ändern.

Zudem gibt es mehr Geld für die Taktverdichtung von Stadtbahnlinien und Busverkehr am Abend und am Wochenende.

(Beifall bei der FDP)

Traditionell ist die FDP Hüter des Kölner Sports. Darum haben wir gern die weitere Erhöhung der Jugendbeihilfe an Sportvereine sowie die Schaffung von Kunstrasenplätzen unterstützt.

Auch konnten wir unsere Versprechen einlösen, den Startschuss für eine Schulsporthalle in Köln zu geben, die mit einer Kapazität von vielen Zuschauern, 9 Metern Höhe und genügend Helligkeit für viele Ballsportarten, wie Volley- oder Handball, endlich bundesligatauglich ist; denn so eine Halle fehlte bisher in Köln.

(Beifall bei der FDP)

Dank fleißiger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und erfolgreicher Unternehmer sowie höherer Zuwendungen des Landes wird Köln nach der jetzigen Finanzplanung 2022 und damit ein Jahr früher als geplant einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können. Da die Deckungslücke für 2021 und 2022 gerade einmal 25 Millionen Euro beträgt, sollten die neue Kämmerin und die Oberbürgermeisterin für die nächste Haus-

haltsaufstellung den Ehrgeiz haben, die schwarze Null zu erreichen. Es würde uns freuen, wenn das von Ihnen kommt. Ansonsten helfen wir da vielleicht nach.

Meine Damen und Herren, bei den Stercks zu Hause ist bis heute Pflicht, zu Weihnachten einen Wunschzettel zu schreiben, weil meine Mutter irgendwann keine Lust mehr hatte, sich für die ganze Familie Geschenke auszudenken. Lassen Sie mich dieser Tradition folgend auch für die Stadt Köln einige Wünsche formulieren.

(Niklas Kienitz [CDU]: Nach der heutigen Rede musst du zwei Wunschzettel ausfüllen! Du hast mit gespaltener Persönlichkeit gesprochen!)

Ich wünsche mir von der Oberbürgermeisterin mehr politische Führung, von der SPD-Fraktion mehr mit- als gegeneinander, von der CDU-Fraktion mehr Rückbesinnung auf bürgerliche Werte -

(Niklas Kienitz [CDU]: Das machen wir schon!)

- und von den Grünen weniger Ideologie; -

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

- denn dann müssen Sie auch in Berlin längst nicht mehr auf den Oppositionsbänken sitzen.

(Beifall bei der FDP - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sagen genau die Richtigen! - Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich wünsche mir, dass Köln aus den Schlagzeilen kommt -

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Nirgendwo mitmachen wollen! Nirgendwo!)

- und endlich in der 1. Liga deutscher und europäischer Städte spielt - in der 1. Liga für die Stadt Köln und natürlich auch für unseren FC. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Boyens das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wenn Sie die Kölner nach ihren drängendsten Problemen fragen, dann kommen folgende Themenfelder regelmäßig auf die vorderen Plätze - wir haben es eben schon gehört, so zuletzt in der

Forsa-Umfrage vom Sommer dieses Jahres -: zunächst Verkehr und Wohnen, danach Schulen und Infrastruktur, das Problemfeld Flüchtlinge/Überfremdung übrigens nur im Mittelfeld, -

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach, Überraschung!)

- und ganz am Ende der Skala der von den Menschen genannten Probleme und Punkte liegen die Themen Umwelt und Arbeitsmarkt.

Ich denke, wir sind uns darin einig, dass ein guter Haushalt die von den Menschen wahrgenommenen Probleme reflektieren sollte. Der Haushalt ist die in Zahlen gegossene Prioritätensetzung der politisch Verantwortlichen in dieser Stadt.

Ich denke, wir sind uns auch darin einig, dass insbesondere in der mittelfristigen Finanzplanung, also dort, wo investiert wird und die Zukunft gestaltet und finanziert wird, die entsprechenden Prioritäten gesetzt und erkennbar sein sollten.

Legt man nun die mittelfristige Finanzplanung des neu eingebrachten Haushalts 2019 neben die des Vorjahres, fällt Folgendes ins Auge: Bei den Top-5-Positionen ergibt sich von 2018 auf 2019 ein Rückgang von 365 Millionen Euro bzw. nahezu 40 Prozent.

Das Pikante dabei ist: Die bereitgestellten Mittel in den kommenden Jahren für den kommunalen Wohnungsbau - alle haben hier über Wohnungsbau geredet - gehen um ganze 38 Prozent zurück.

(Niklas Kienitz [CDU]: Was?)

Frau Jahn, die jetzt gerade nicht anwesend ist, hätte mal besser ihre Redenschreiberin in die Zahlen schauen lassen; -

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir schreiben unsere Reden selbst! - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das schreiben wir selbst!)

- denn diese Mittel sind, wie gesagt, von 160 auf 99 Millionen Euro zurückgegangen.

Ja, wenn sie es selbst geschrieben hat, dann hätte sie etwas daraus lernen können, wenn sie in den Haushalt geschaut hätte.

Noch einmal: Um 38 Prozent gehen die Mittel für den kommunalen Wohnungsbau zurück und die Mittel für den Ausbau des öffentlichen Personen-

nahverkehrs um 31 Prozent. Wie gesagt: laufende Planung zu neuer Planung.

Was waren gleich noch einmal die drängendsten Probleme in der Wahrnehmung der Kölnerinnen und Kölner? Richtig, das waren Wohnen und Verkehr. Und wofür plant die Stadt in Zukunft rund 100 Millionen Euro weniger an Investitionsmitteln bereitzustellen? Wohnen und Verkehr!

Meine Damen und Herren, ein an den Bedürfnissen der Menschen dieser Stadt ausgerichteter und orientierter Haushalt sieht anders aus.

(Beifall bei der AfD)

Über welches Thema, meine Damen und Herren, wird von den Menschen in Köln am wenigsten nachgedacht? Was wird am wenigsten als Problem empfunden? Das Thema Umwelt. Aber welches Thema hat Frau Reker ganz zu Beginn ihrer Amtszeit aufgegriffen? Die Gründung eines Zentrums für Energieeffizienz, kurz ZEFF.

Kein Wunder, dass Sie, Frau Reker, beim Oberbürgermeister-Ranking in Deutschland den letzten Platz vor Bremen erhalten haben. Meine Damen und Herren, Köln einen Platz vor Bremen, dem Dauerinhaber der roten Laterne in jeder nur erdenklichen Kategorie in unserem Land.

Nebenbei für die Genossen der SPD-Fraktion: Bremen ist das einzige Bundesland, in dem seit dem Krieg die SPD ununterbrochen die Regierung stellt.

Aber zurück zum Haushalt: Legt man die laufende Mittelfristplanung gegen die des neuen Haushalts, fällt noch eine weitere Verschiebung ins Auge: Die Investition für die - Zitat - „Schaffung von Unterkünften zur Vermeidung von Obdachlosigkeit“, insbesondere für Geflüchtete, sinken vom Stand heute, nämlich knapp 300 Millionen Euro, im neuen Haushalt auf nur noch 70 Millionen Euro. Das ist ein Rückgang um rund 230 Millionen Euro bzw. 76 Prozent.

Ich denke, wir sind uns darin einig, dass das insofern zunächst einmal ein gutes Signal für unsere Stadt ist, als damit nämlich im investiven Bereich - also dort, wo wir Zukunft gestalten und finanzieren - ein zusätzlicher Handlungsspielraum für die kommenden Jahre für die Stadt entsteht.

Andererseits macht diese Zahl auch deutlich, wie sehr das von Berlin zu verantwortende Grenzsicherungs- und Migrationsdesaster voll auf den Kölner Haushalt durchschlägt. Bis zur Einbrin-

gung des neuen Haushalts vor wenigen Wochen sah die laufende Finanzplanung für die Schaffung von Flüchtlingsunterkünften, wie gesagt, 297 Millionen Euro bis 2021 vor. Das, meine Damen und Herren, ist in Summe genauso viel, wie Sie plant, für folgende Punkte Geld auszugeben, nämlich für die Fortführung des kommunalen Wohnungsbauprogramms 160 Millionen Euro, für Städtebaufördermaßnahmen 19 Millionen Euro sowie Gelder für die Generalinstandsetzung von Straßen, für die Sanierung von Sportanlagen, für den Bau und die Sanierung von Spielplätzen und für die Sanierung von Radwegen. Diese sechs Punkte zusammen sind exakt 297,7 Millionen Euro. Genauso viel wollten Sie bis vor kurzem für die Flüchtlingsunterbringung ausgeben.

Halten wir also fest: Das Budget hat die gesamte Stadt mit diesen sechs Punkten letztlich für sich in Anspruch genommen. Ich denke, diese Zahlen sprechen für sich. Dann dürfen Sie sich, glaube ich, auch nicht wundern, wenn die Menschen in dieser Stadt kritisch nachfragen oder wir als AfD-Fraktion das Thema aufgreifen.

Wenn dann ein Herr Kauder im Zusammenhang mit diesem Migrations- und Grenzsicherungsdesaster vollmundig erklärt - Zitat -, „Niemandem wird etwas weggenommen“ - Zitat Ende -, dann ist das nicht nur schlicht falsch, sondern es ist auch dreist; denn Sie wissen genauso gut wie ich, meine Damen und Herren, dass man den Euro der Steuerzahler nur einmal ausgeben kann. Die Millionen für Flüchtlinge fehlen dann für andere dringende Aufgaben in Köln.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das ist so falsch!)

Wenn dann Frau Reker als Oberbürgermeisterin im Namen dieser Stadt einen Brief an die Bundeskanzlerin schreibt und quasi nach noch mehr Flüchtlingen ruft, dann ist das vor dem Hintergrund der aktuellen Situation dieser Stadt und dieser eben genannten Zahlen einfach nur verantwortungslos.

(Beifall bei der AfD)

Frau Reker, Sie täten besser daran, einen Brief zu schreiben, in dem Sie sich endlich dafür einsetzen, dass unsere Stadt nicht länger auf den Kosten der Betreuung und Unterbringung der Flüchtlinge sitzen bleibt. Das sind für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen im Zeitraum bis 2022 - das sieht man auch glasklar im Haushalt - pro Jahr durchschnittlich 85 Millionen Euro. Wohlgermerkt: Das ist der Teil, der

nach Abzug der Erstattungen von Land und Bund bei uns hängen bleibt und auf dem die Stadt Köln sitzen bleibt.

Gleichzeitig - das wurde eben schon genannt - weist der Haushaltsplan in diesem Jahr und in den kommenden Jahren negative Jahresergebnisse aus. In den nächsten Jahren gehen sie hinunter. Der Ausgleich ist für 2022 angepeilt, aber man kann sagen, dass die jährlichen Lasten für die Flüchtlingsunterbringung in der gleichen Größenordnung, wenn nicht gar höher sind, als die des Fehlbetrags. Mit anderen Worten: Gäbe es dieses Grenzsicherungs- und Migrationsdesaster nicht, könnte unsere Stadt spätestens im kommenden Jahr und in den Jahren danach einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Ich glaube, das ist eine Zahl, die man gern einmal als Kölner Bürger im *Kölner Stadt-Anzeiger* lesen würde, weil das ist im Grunde genommen das Ganze auf den Punkt gebracht, aber, wie gesagt, so, wie ich die Neven-DuMont-Presse kenne, wird das den Leserinnen und Lesern hier weiter vorenthalten.

Ein Letztes noch: Wenn in der Stadt der politische Wille vorhanden wäre, könnten Sie - nur ein Beispiel - mit einer ganz einfachen Maßnahme bereits ab morgen einen zweistelligen Millionenbetrag einsparen.

Sie alle wissen, dass die Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen unsere Stadt pro Monat und pro Person etwa 8.000 Euro kostet. Hierdurch fallen in Köln pro Jahr Kosten zwischen 50 und 60 Millionen Euro an. Aus Angaben des BAMF wissen wir, dass die gemachten Altersangaben in ungefähr 43 Prozent der Fälle nicht zutreffend sind.

Dies ist über eine ganz einfache Umkehr der Beweislast möglich. Die Stadt Hamburg macht es vor; es ist das Hamburger Modell. Demnach muss nicht das Jugendamt nachweisen, wie alt jemand ist, sondern der Antragsteller muss sein Alter selbst nachweisen.

Das könnte nach vorsichtiger Rechnung der Stadt ab morgen pro Jahr 15 Millionen Euro einsparen. Dabei haben wir, wie gesagt, die Kosten für die erforderlichen medizinischen Gutachten selbstverständlich schon gegengerechnet. Wie gesagt: Wenn in dieser Stadt der politische Wille vorhanden wäre.

So aber bleibt Ihr Haushalt 2019 ein Dokument des hilflosen „Weiter so!“. Von einem generationengerechten und auf Abbau der Tragfähigkeitslücke zielenden Konzept ist weit und breit nichts

zu sehen. Rund zwei Drittel der Kommunen - der *Kölner Stadt-Anzeiger* hat jüngst in diesen Tagen darüber berichtet - in NRW weisen schon heute kein Haushaltsdefizit mehr aus. Dass Köln dies erst für das Jahr 2022 anpeilt, zeigt einmal mehr, dass diese Stadt weit unter ihren Möglichkeiten regiert wird. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hegenbarth hat das Wort.

Thomas Hegenbarth (Ratsgruppe BUNT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Bei einem solchen Thema schaue ich auch einmal ganz gern zu dem, was wir im letzten Jahr an gleicher Stelle gesagt haben.

Eines, das sich nicht verändert hat, ist: Wir sind gar nicht erst gefragt worden, ob und mit welchen Vorschlägen wir am Haushalt mitarbeiten können oder was Beiträge sein könnten.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das stimmt gar nicht! Ich habe dich letztes Jahr gefragt!)

Na klar, die Mehrheiten durch „Jamaika plus“ stehen längst. Warum da nach einem breiteren Bündnis suchen? Aber vielmehr ist das auch ein Zeichen für eine weitergehende und zunehmende Respektlosigkeit und Beschneidung der Möglichkeiten gegenüber ehrenamtlichen Politikerinnen und Politikern, kleinen Gruppen und Einzelmandatsträgern - ganz unabhängig davon, ob sich hier vielleicht eine kleine Gruppe mit wenigen Trostpflasterchen abfinden lässt.

Es gibt aber auch einen sehr formalen Grund; denn seit der Haushaltseinbringung am 29. August sind gerade einmal zehn Wochen vergangen; bis zur Beratung im Finanzausschuss, wo im Prinzip schon alles beschlossen wurde, gerade einmal vier bis fünf. Also vier bis fünf Wochen hatten wir Zeit, uns mit dem Haushalt mit einem Gesamtvolumen von ungefähr 4,5 Milliarden Euro - im letzten Jahr habe ich gesagt: Das entspricht der vergleichbaren Größe des Saarlandes - auf über 5.000 Seiten zu beschäftigen.

Natürlich ist es wünschenswert, so frühzeitig wie möglich den Haushaltsplan für das nächste Jahr zu beschließen, aber die kurze Beratungszeit macht vor allem den kleineren Fraktionen und Gruppen zu schaffen, zumal wir mittlerweile in das Verfahren gar nicht mehr eingebunden wer-

den. Es wird kein Dialog gesucht oder eine wünschenswerte Politik der ausgestreckten Hand betrieben. Das war einmal anders, und wir konnten Ideen in den Haushalt einfließen lassen oder wurden zumindest einmal gefragt und informiert.

Wir als kleine Gruppe müssen uns also mit der komplizierten Haushaltsaufstellung in immer kürzeren Zeiten auseinandersetzen. Wir wünschen uns hier deutlich mehr Hilfestellung der Verwaltung. Somit ist das Verfahren nur noch auf die größeren Fraktionen ausgelegt.

Ehrlich gesagt, es geht mir auch nicht nur um mich oder um meine Kolleginnen und Kollegen, sondern das ist ein Schicksal, das ich hier anmelden möchte, aber mehr oder weniger hinnehmen muss.

Was ist mit den Bürgerinnen und Bürgern? Nehmen wir die mit? Machen wir den Haushalt für alle erfahrbar? Berücksichtigen wir überhaupt deren Wünsche? Wenn wir das schon nicht in Gänze befriedigend tun, können wir den Haushalt dann nicht wenigstens verständlicher machen?

Die Verwaltung ist hier gefragt, auch Nicht-Experten Hilfestellung zum Haushaltsverfahren anzubieten. Das ist im Rahmen von Transparenz eigentlich auch längst geboten. Ich bin daher sehr gespannt auf das Wirken der neuen Kämmerin an dieser Stelle. Wir werden zu gegebener Zeit auch in den Dialog treten, um dort weitergehende Vorschläge zu unterbreiten.

Dieses Haushaltsverfahren ist eines für die Stadtverwaltung und keines für ehrenamtliche Politiker und erst recht keines für die Kölnerinnen und Kölner.

Kommen wir dazu, was wir in den Haushaltsberatungen eingebracht hätten, wenn wir gefragt worden wären: Eines der großen Probleme unserer Stadt ist natürlich der Wohnungsbau. Hierzu haben die Vorredner der Opposition schon einiges vorgeschlagen, was wir auch richtig finden; denn wir brauchen große Programme, um zumindest einmal dorthin zu kommen, dass wir den Bedarf decken.

Ohne Wohnungen wird unsere Stadt immer mehr Probleme bekommen. Diesbezüglich stellt sich die Frage, warum wir Potenziale, die unsere Stadt außerhalb der Politik und Verwaltung bietet, einfach zu wenig nutzen.

Wieso werden Konzepte, die an unsere Hochschulen in Köln erarbeitet werden, nicht für unsere Stadt übernommen? Die Hochschulen for-

schen zum Beispiel seit einiger Zeit intensiv zu Unterkünten für Flüchtlinge, zu Wohnungen für Studierende oder zu Wohnen im Alter, ganz zu schweigen von den Sozialraumanalysen in den Veedeln. Diese Ergebnisse sollten schon längst in unsere Planungen einfließen.

Wir brauchen hier einen Schulterchluss mit der Wissenschaft und dem Land. Diese Ansage geht ganz gezielt auch an diejenigen, die auf Landesebene derzeit das Sagen haben.

Damit bin ich auch schon beim nächsten Thema: Digitalisierung. Klar, die Liberalen schreiben sich das auf ihre bunten Wahlplakate, aber wir wissen alle, dass die Digitalisierung aus Ihrer Sicht nur aus dem ökonomischen Blickwinkel existiert. Im Land sieht man das unter anderem daran, dass Sie das Thema Digitalisierung im Wirtschaftsministerium ansiedeln.

Aber Digitalisierung kann und muss auf der kommunalen Ebene gesamtgesellschaftlich betrachtet werden; denn a) betrifft es alle Bereiche des Zusammenlebens in der Stadt und nicht nur die Wirtschaft und b) wollen wir die soziale Spaltung im Bereich der Digitalisierung nicht weiter verfestigen, sondern überwinden.

(Beifall von Michael Frenzel [SPD])

Einkommensschwächere, ältere oder kranke Menschen dürfen nicht weiter auf der Strecke bleiben. Es geht uns Bunten um die digitale Chancengleichheit und Gerechtigkeit.

(Zuruf von der FDP: Jawohl!)

Im Bereich der Bildung haben wir mit unseren Anfragen schon oft darauf hingewiesen. Ja, es ist gut, dass wir in Köln bald alle Schulen an das Breitbandnetz angeschlossen haben. Gymnasien und Gesamtschulen sind diesbezüglich auch relativ gut versorgt. Aber Förderschulen und Grundschulen müssen mit viel weniger auskommen, ganz zu schweigen davon, dass es W-LAN an vielen Schulen immer noch nicht gibt. Auch auf die Fortschreibung des IT-Konzepts zu einer ganzheitlichen technischen Schul-IT warten wir noch.

Zudem wird die notwendige Technikausstattung einkommensschwacher Familien immer noch privaten Vereinen überlassen. Das zum Bereich Bildung.

Aber auch bei der Breitbandversorgung der Stadt zeichnet sich eine digitale Zwei-Klassen-Gesellschaft ab. Die Innenstadt ist gut versorgt.

Aber was ist mit den Außenbezirken? Dort sieht es nun wirklich schlecht aus.

Nicht zu vergessen: W-LAN im ÖPNV ist in großen bzw. internationalen Städten längst selbstverständlich. Herr Sterck hat sich gerade das W-LAN im ÖPNV an die Blume gesteckt, aber das war eine Initiative, die wir Bunten gemeinsam mit der SPD-Fraktion gestartet haben. Die FDP-Fraktion dagegen hat diese per Änderungsantrag deutlich zusammengestaucht. Das ist die eigentliche Digitalisierung der Liberalen an der Stelle.

(Ulrich Breite [FDP]: Ha, ha! - Beifall bei der SPD)

Zum Schluss meiner Rede möchte ich auf den Punkt kommen, der mich seit Jahren nachhaltig sehr ärgert und klarmacht, wie ungerecht und mit welcher mangelnder Sensibilität hier oft mit Finanzen umgegangen wird.

Ein riesiger Haushaltsposten ist die IT-Ausstattung unserer Stadt. Hier werden allein für Lizenzen, externe Dienstleistungen, Rahmenverträge, Bedarfsfeststellungen und Wartungen mehr als 45 Millionen Euro ausgegeben, was allein in den bisherigen drei Sitzungen des Unterausschusses Digitale Kommunikation und Organisation in diesem Jahr beschlossen wurde, dessen Mitglied ich sein darf.

Der gesamte Haushalt für 2019 beträgt 110 Millionen Euro. Ja, das Meiste davon ist bei über 20.000 Mitarbeitern sinnvoll, und ich stimme den meisten Punkten gern zu - wie über die Ausstattung in den Schulen -, aber in einigen Fällen eben nur sehr zähneknirschend, vor allem dann, wenn es darum geht, millionenschwere Lizenzen für amerikanische Großkonzerne, wie Microsoft, zu bezahlen.

Ich erwarte hier deutliche Schritte in der angekündigten Strategie, wie die Stadt aus der Abhängigkeit von Monopolisten im IT-Bereich herauskommen soll. Das ist übrigens nicht nur ein finanzieller, sondern auch ein sicherheitspolitischer Aspekt.

Um einmal zu verdeutlichen und zu fassen, um welche Zahlen es geht: Wir könnten ungefähr 150 Tage des guten Lebens durchführen, wenn wir auf Lizenzgebühren für Microsoft, auf Einnahmen aus Museen und Sonderausstellungen über drei Jahre hinweg verzichten, 50.000 monatliche Kitabeiträge erlassen -

(Ulrich Breite [FDP]: Hey!)

- oder 50 neue Stellen bei der Feuerwehr für die nächsten fünf Jahre schaffen.

(Ulrich Breite [FDP]: Bei Digitalisierung!)

Das sei nur einmal gesagt, um klar und plastisch zu machen, was das bedeutet, was also Lizenzsummen bedeuten und welche Verluste wir an anderer Stelle haben. Darüber kann man sich lustig machen, aber es fehlen Stellen. Die Kita-gebühren sind viel zu hoch - all das unter Umständen dessen, weil wir Lizenzen an Microsoft bezahlen müssen. Hier muss man ernsthaft darüber nachdenken, wie diese riesigen Zahlen zu reduzieren sind. Auch an dieser Stelle hoffe ich auf ein offenes Ohr bei der Kämmerin.

(Ulrich Breite [FDP]: Ja!)

Dem Haushalt werden wir in dieser Form nicht zustimmen. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Ratsgruppe BUNT, der SPD und von Heiner Kockerbeck [DIE LINKE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Ratsgruppe GUT): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kämmerin in Abwesenheit und Beschäftigte der Kämmererei! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne, im Saal und am Stream! Unsere Ratsgruppe GUT stimmt dem Haushalt zu; das ist bekannt.

Wir bedanken uns bei der Oberbürgermeisterin, Kämmerin und allen Angestellten und Mitarbeitenden für den Entwurf. Ebenfalls danken wir CDU, Grünen und FDP für die gemeinsame Arbeit an unseren Änderungsanträgen.

Eine Rede zum Haushalt ist auch für uns eine Gelegenheit, das vergangene Jahr Revue passieren zu lassen und einen Ausblick auf 2019 zu werfen. Wenn wir an 2018 denken, können wir schon feststellen, dass dies leider kein gutes Jahr für Köln war. Der sogenannte Stadtwerke-Skandal lastet noch immer auf der Stadt. Auch wenn die drei maßgeblich beteiligten Parteien Konsequenzen zogen - Grüne und SPD etwas spürbar, die CDU sitzt das Thema eher aus -, ist und bleibt der Schaden immens. Wir werden zwar nicht genau messen können, wie viele Kölnerinnen und Kölner sich in ihrer ablehnenden Haltung zur Politik bestätigt fühlen oder zusätzlich frustriert abwenden, aber wir wissen, dass

wir durch das Vorgehen von CDU, SPD und Grünen viel Vertrauen verloren haben.

Am meisten erstaunt mich die unglaubliche Blauäugigkeit der handelnden Personen. Alle Beteiligten hätten wissen können, dass diese Art, Politik zu betreiben, im Jahr 2018 nie und nimmer mehr funktioniert.

(Beifall bei der FDP)

Ich bedaure auch und habe mich, ehrlich gesagt, gewundert, dass ich von CDU, SPD und Grünen zum Stadtwerke-Skandal bei dieser Gelegenheit nichts gehört habe, und zwar gar nichts.

(Beifall bei der FDP und von Walter Wortmann [Freie Wähler Köln])

Auch bemerkenswert sind die Wochen danach; Herr Sterck hatte das bereits erwähnt. Ich habe zwar eine etwas andere Perspektive, aber bemerkenswert waren die Wochen auf alle Fälle, nachdem Sie, Frau Oberbürgermeisterin, den Deal gestoppt hatten. Da ist zum einen der leider schlecht vorbereitete Versuch, Sie, Frau Reker, zur neuen Vorsitzenden des Aufsichtsrats zu wählen und der damit zusammenhängende - in dicken Anführungszeichen - Putsch der Arbeitnehmer.

Zum anderen ärgerten uns aber auch die Versuche im Nachgang, der Oberbürgermeisterin etwas anzuhängen. Ein Verdacht allein reicht nicht. Wer mit einer Vermutung in die Öffentlichkeit geht, sollte schon belastbare Quellen haben. Das gilt sowohl für Ratsmitglieder als auch für Vertreter der Presse. Wer ohne irgendeinen Beleg agiert und nur mit einer selbst konstruierten Indizienkette arbeitet, setzt sich der Gefahr aus, statt etwas zur Aufklärung beizutragen, das Ansehen unserer Institutionen nur weiter zu beschädigen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der FDP)

Helfen kann uns bei diesem Skandal nur weitere Aufklärung. Die beteiligten Personen bleiben daher weiter aufgefordert, alle Informationen auf den Tisch zu legen, um auch die Frage zu beantworten, wer eigentlich die Federführung bei diesem - Entschuldigung! - beknackten Projekt hatte.

Nicht rühmlich im vergangenen Jahr auch die Rolle vom Rat - das ist durchaus auch selbstkritisch zu verstehen - und Verwaltung in Sachen Luftreinhaltung in diesem Jahr. Das Überschreiten der Grenzwerte ist in Köln seit Jahren be-

kannt. Auch ohne Dieselskandal wird Deutschland ebenfalls seit Jahren aus Brüssel auf diesen Missstand hingewiesen. Wir haben unsere Fortschreibung des Luftreinhalteplans damit überschrieben, dass die Gesundheit unserer Bevölkerung höchste Priorität habe.

Höchste Priorität lässt eigentlich keinen Spielraum mehr für Abwägungsprozesse zu. Da bleibt eigentlich keine Zeit mehr, um Beschlüsse nur langsam umzusetzen, und es ist eigentlich auch unverantwortlich, ein Schwarzer-Peter-Spiel zu betreiben. Wenn Bund und Autoindustrie nicht willens oder unfähig sind, muss die Stadt Köln eben selbst agieren. Nur so funktioniert es, unseren Bürgern zu zeigen, dass ihre Gesundheit für uns tatsächlich höchste Priorität hat.

Man kann es auch umgekehrt sehen: Wir hatten in den vergangenen Monaten die Chance, zu zeigen, dass Politik handlungsfähig ist. Stattdessen entscheiden - wie in vielen wichtigen Fragen - auch heute die Gerichte. Diese Handlungsunfähigkeit und die Unfähigkeit der Politik erschüttert das Vertrauen in die Politik, wenn man sich nicht mehr darauf verlassen kann, dass die Politik die Probleme löst, sondern erst die Gerichte bemüht werden müssen, um geltendes Recht durchzusetzen.

Heute wurde das Urteil zur Luftreinhaltung gefällt.

(Monika Schultes [SPD]: Da waren wir schon!)

Von der Stadt und von Ihnen, Frau Reker, gibt es dazu auch eine erste Pressemitteilung. Auch dort wird auf die höchste Priorität der Gesundheit verwiesen, und Sie erwähnen, dass sich die Stadtverwaltung in den vergangenen Monaten mit zahlreichen Vorschlägen eingebracht hat, aber dass das nicht ausreicht.

Da gebe ich den Gerichten vollkommen recht: Was ist denn bislang von unserem Luftreinhalteplan umgesetzt? Was haben wir denn überhaupt tatsächlich getan, um die Luft in Köln reiner zu bekommen? Nahezu nichts. Wenn irgendwo die KVB einen Bus gegen einen Elektrobus austauscht, dann ist das löblich, aber es hilft uns in der Sache nichts.

Sie schreiben weiter und weisen natürlich darauf hin, dass nicht nur der Straßenverkehr schuld ist, sondern Sie erwähnen auch den Schiffsverkehr und die umliegende Industrie.

Zwei Beispiele dazu: Wir haben in den Luftreinhalteplan geschrieben, dass ein Tempolimit für Schifffahrt auf dem Rhein zu prüfen ist. Das

klingt jetzt erst einmal absurd, aber Rotterdam macht das bereits, und zwar genau aus dem Grund, um Luftschadstoffe zu reduzieren. Wenn Sie Schiffsverkehr meinen, habe ich dazu bislang aber noch keinen Vorschlag gehört. Ist die Stadt Köln diesbezüglich in Kontakt mit dem Bund oder nicht, ein Tempolimit auf dem Rhein zu erwirken?

Zur umliegenden Industrie: Wir haben - damit komme ich wieder auf den Rat - auf der letzten oder vorletzten Ratssitzung versucht, eine Resolution zum Hambacher Forst durchzubekommen, weil diese Braunkohlekraftwerke direkt vor unserer Haustür liegen. Was macht der Rat? Was macht der Umweltausschussvorsitzende? Sie sagen, wir seien nicht zuständig, das sei ein Problem vom Land, anstatt wenigstens einmal zu fordern, dass man über ein Moratorium nachdenkt.

(Beifall bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

In Ihrem letzten Absatz verweisen Sie wieder auf die Autoindustrie und die Bundesregierung, dass diese gefälligst ihre Verantwortung zu übernehmen haben; das „gefälligst“ stammt von mir. Aber dass wir uns auf diese Regierung in Sachen Luftreinhaltung nicht verlassen können, das wissen wir doch. Es ist wirklich nichts getan worden, um die Autolobby unter Druck zu setzen. Stattdessen beginnt man, an den Grenzwerten herumzuschrauben.

Diesbezüglich bitte ich Sie, Frau Reker, dringend, dafür zu sorgen, dass Köln deutlich stärker selbst aktiv wird. Wenn es dann Fahrbeschränkungen sein müssen, weil nichts anderes geht, dann müssen wir diese in Köln auch umsetzen.

Ich bin im Übrigen sehr gespannt, wie wir mit dem Urteil umgehen. Ich habe gerade gelernt, dass die Stadt Köln selbst dort nichts tun kann. Ich bin gespannt, wie das Land darauf reagiert. Ich wette, vor April wird hier kein Auto nicht fahren dürfen; denn das Land wird selbstverständlich in Berufung gehen. Das mag die Autolobby oder die Autofahrer, die einen dieser Diesel haben, vielleicht freuen, aber die Luftreinhaltung wird das nicht verbessern, zumindest nicht in naher Zukunft.

Im vergangenen Jahr gab es aber auch lobenswerte Entwicklungen. Nehmen wir als ein für uns herausragendes Beispiel den Ebertplatz. Was für eine furiose und dramatische Geschichte? Ein Platz - seit Jahren vernachlässigt, aufgegeben und schon dem Abrissbagger versprochen, vor einem Jahr noch Angstraum, erlebte der Ebertplatz das Comeback des Jahres 2018.

Welche Geschichten sich an ihm ablesen lassen: das Versagen der Stadt in den vergangenen Jahren, die ihn aufgegeben hatte, die Künstler, die an ihn geglaubt hatten, die Politik, die einmal verstanden hatte, was die Bürgerinnen und Bürger wollten, eben nicht zumauern, sondern den Platz wieder zum Leben zu erwecken, und ein tolles Team in der Verwaltung, das ein hervorragendes Zwischennutzungskonzept nicht nur erarbeitet, sondern in kürzester Zeit auch erfolgreich umsetzt.

Frau Reker, ich weiß nicht, ob Sie in der Verwaltung Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Monats küren, aber dieses Team würde ich gern dafür vorschlagen. Notieren Sie sich die Namen und geben Sie ihnen weitere Projekte. Von uns schon einmal ein Dankeschön an alle Ebertplatz-Retter.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Im vergangenen Jahr hatte unsere Ratsgruppe GUT verschiedene Veranstaltungen durchgeführt. Eine unsere Erkenntnisse: Verkehr ist definitiv das Thema, das am stärksten sensibilisiert. Frau Blome und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Amt 66 sehen sich vermutlich in der Regel ausschließlich Kritik ausgesetzt: zu viel Stau, zu wenige Parkplätze und vor allem viel zu wenig für den Radverkehr.

In zweieinhalb Wochen wollen wir an einem Abend den Spieß einmal umdrehen. In Sachen Radverkehr wollen wir die Verwaltung ausdrücklich loben. Wir erkennen zahlreiche Verbesserungen für Radfahrer auf Kölns Straßen durchaus an, wünschen uns für 2019 aber noch mehr Mut und Schwung.

Viele von uns besuchen Kopenhagen oder Städte in den Niederlanden und kommen beeindruckt bis begeistert über die dortige Radverkehrsinfrastruktur zurück. Warum gelingt es uns nicht, diese Begeisterung in Köln umzusetzen? Ich möchte in Köln 2019 mit geläuterten Ex-Autolobbyisten, mit der CDU, SPD und FDP über die Breite von Radfahrspuren diskutieren -

(Zuruf von Michael Frenzel [SPD])

- und nicht darüber, ob wir überhaupt eine einrichten.

Wir wollen von anderen Parteien überrascht werden, wie etwa von der Ehrenfelder CDU-Fraktion, die sich Anfang der Woche für die Wegnahme einer Autospur auf dem Gürtel zugunsten des Radverkehrs ausgesprochen hatte.

(Volker Görzel [FDP]: Das glaube ich nicht! - Beifall von Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen])

Hut ab! Der Fraktionsvorsitzende Berg - ich weiß, dass meine Redezeit abgelaufen ist - hatte das übrigens begründet mit: Wer die Zeichen des Klimawandels nicht erkannt hat, dem ist nicht zu helfen.

Ich möchte zum Schluss kommen: Viele Sachen fehlen uns leider. Wir könnten viel zum Thema Wohnen sagen. Da muss ich Ihnen, Herr Joisten, recht geben; denn dort fehlt uns tatsächlich ein Plan. Aber auch bei der SPD-Fraktion hören wir oft nur: bauen, bauen, bauen. Wir wollen auch einmal feststellen, für wen wir eigentlich bauen und was wir bauen. Es geht nicht nur um günstige Wohnungen, sondern darum, ob wir so etwas wie ein Colonia Nord hochziehen, irgendein Tower mit Luxus-Appartements, sicherlich auch mit gefördertem Wohnungsbau, aber eben auch sehr teuren Wohnungen. Aber wo sind die Wohnungen für Familien? Wo werden die mit Gärten sein? Aber selbst da gebe ich Ihnen recht: Da braucht es einen besseren Plan. Das Schlagwort „bauen, bauen, bauen“ reicht nicht aus.

(Christian Joisten [SPD]: Wir haben schon viele Vorschläge unterbreitet!)

Ich möchte zum Schluss kommen und an letzter Stelle noch einmal - weil es vorhin schon kurz Thema war - ausdrücklich allen Ehrenamtlichen und Mitarbeitern der Stadt danken, die sich um Menschen, die in Not zu uns kommen, kümmern. Ihre Arbeit können wir gar nicht hoch genug einschätzen. Dafür vielen, vielen Dank.

Um mit den Worten von Frau Merkel zu sprechen: Wir schaffen das in Köln! Darüber bin ich sehr, sehr froh und wünsche uns ein gutes Jahr 2019. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Ratsgruppe GUT und bei Teilen der CDU und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Wortmann das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Zuschauer und Zuhörer! Liebe Kolleginnen und Kollegen sowie Anwesende im Saal! Ich werde dem Rekordhaushalt 2019 nicht zustimmen. Vorwegnehmend: Das Ansinnen eines Doppel-

haushalts für das Jahr 2021 werde ich ebenso ablehnen.

Ihre Bemühungen, Frau Reker, den Haushalt nun zum zweiten Mal rechtzeitig einzubringen, in Ehren, aber ich hätte mir eher gewünscht, diesen Zeitpunkt herauszunehmen und den Zeitgewinn in Konzepte und Maßnahmenpläne zu investieren.

(Beifall von Michael Frenzel [SPD])

Nächstes Jahr soll bereits vor der Sommerpause ein Doppelhaushalt den Rat passieren. Ich hätte mir nach Ihrer bemerkenswerten Rückrede bei der Einbringung gewünscht, dass dieser Haushalt deutliche Veränderungen und strategische Maßnahmen aufzeigt, aber nicht wieder ein „Weiter so!“-Papier im alten Format, nur mit neuen Zeilen.

Besonders enttäuscht uns als bürgernahe Gemeinschaft der marginale Stellenwert und die abermals unterfinanzierte Position des Bürgerhaushalts sowie der Bezirksmittel. Der Bürgerhaushalt muss strategisch völlig neu aufgestellt werden. Bereits 2016 hatten wir einen 2-Jahres-Rhythmus gefordert, um ihn besser zu machen und einer verantwortungsvollen Bürgerbeteiligung endlich den Weg freizumachen.

Die Bezirke sollten sehr schnell in die Verantwortung genommen werden, um auf die Vielzahl der lokalen Projekte und Bedarfe vor Ort reagieren zu können. Das entlastet den Rat, die Ausschüsse und den Haushalt.

Die für die beiden Positionen eher lächerlichen Beträge zeigen aber die latente Unterschätzung einer aktiven Bürgerbeteiligung durch die Verwaltung und auch durch den Rat. Die gebetsmühlenartigen Bekenntnisse der Ratsfraktionen zu einer Bürgerbeteiligung können wir nicht ernst nehmen.

Unsere Lösungen, die wir oft vorgeschlagen haben, sind unter anderem Rahmenplanungsbeiräte mit einer beratenden Rolle der Politik, zum Beispiel Parkstadt Süd, Rondorf Nord-West, Stadtbahn Nord-Süd, Ost-West-Bahn usw.

Nun verspricht Ihre mittelfristige Planung für das Jahr 2022 erst einmal das Erreichen einer Nullrunde. Wie wollen Sie dieses Ziel vor dem Hintergrund der hier vorliegenden Fakten und der sich ständig ändernden Rahmenbedingungen überhaupt erreichen? Anders gesagt: Wie sieht denn ein Plan B aus, wenn das Ziel verfehlt wird? Doch wohl nicht so, dass wir zum Limit der 5-Prozent-Schulden-Neuaufnahme zurückkeh-

ren. Hier sind aus unserer Sicht die gravierenden Widersprüche und Fragen.

2018 bis 2021 wächst nach dieser Planung die Verschuldung der Stadt um weitere 320 Millionen Euro. Bereits Ende 2018 wird der Schuldenstand der Stadt etwa 6 bis 7 Milliarden Euro erreicht haben, einschließlich der nebulösen Schuldenlasten der Beteiligungen und Eigenbetriebe der Stadt. Hierzu bleibt übrigens die Kämmerei bis heute die wirklich transparenten Zahlen schuldig.

Im Frühjahr 2018 hat die Verwaltung den Sanierungsbedarf der Stadt bis 2040, also für 22 Jahre, mit 16 Milliarden Euro beziffert. Das wären rein rechnerisch pro Jahr 750 Millionen Euro. Ich sage einmal so: zuzüglich Kapitaldienste, weil bis dahin werden wir möglicherweise andere Zinsniveaus haben.

Wo bleiben die Einschätzungen und die Bewertungen in diesem Haushalt, auch wenn es nur textliche Hinweise sind, für den Kalkberg und seine mögliche Abtragung oder Entsorgung? Die heute Morgen mir zugegangene Presseerklärung über die Bodenproben verstärken die Bedenken.

Nicht zu vergessen sind die Milliardenkosten und Investitionen rund um den Einsturz des Stadtarchivs am Waidmarkt und die unaufhörlich steigenden Kostenrisiken beim Bühnenensemble, für den Wallraf-Anbau, den Bau der „Historischen Mitte“, für das Klinikdesaster und die RehaNova, die in diesem Kontext eigentlich nie erwähnt wird, und was dort möglicherweise noch alles schlummert.

Es mag sein, dass der vorliegende Haushalt 2019 nur wenige dieser Positionen enthält, aber bis 2022 werden sie Einfluss nehmen. Grund genug, sich von allen Prestigeobjekten und über-teuerten Projekten zu verabschieden, die heute in der Diskussion stehen.

Lassen Sie mich am Beispiel Wohnen/Bauen das Anliegen unserer Wählerschaft genau darstellen: Die Entwicklung des Gebäude- und Wohnungsmarktes in Köln ist eines der gravierenden Probleme; das haben wir heute mehrmals gehört.

Die Spekulanten haben Köln längst als Handelsplatz eingenommen. Köln hat - wie alle anderen Großstädte - unter dem Wohnungsmangel bei hohem Zuzug zu leiden. Die Währung heißt Be-tongold. Aber Köln darf nicht zum Handelsplatz dieser Währung werden.

Die Kaltmieten in Köln stiegen in den vergangenen fünf Jahren um mehr als ein Drittel und betragen derzeit im Schnitt zumindest in den inner-

städtischen Kernbereichen 12,33 Euro pro Quadratmeter mit steigender Tendenz.

Unter 500 Euro pro Quadratmeter bekommen Sie kein Grundstück mehr. Erbpachtflächen sind marginal vorhanden und auf lange Zeit vergeben. Die Folgen: Wohngeldzuschüsse steigen überdurchschnittlich hoch, die Mittelschicht treibt das aus der Stadt, der Konsum wandert mit in außenliegende Kommunen ab und begünstigt das Geschäft der Online-Dienste.

Diese Fehlentwicklungen schaden der Stadt; denn sie nehmen negativen Einfluss auf das gesamtstädtische Milieu. Die Verwaltung muss hier mit gesetzlichen Mitteln regulierend eingreifen und bezahlbares Wohnen auf das erforderliche Niveau zurückführen.

Welche Spielräume hätte die Stadt? Zum Beispiel Spekulanten und Fondsbetreiber zur Einhaltung der Nachhaltigkeit durch die Offenlegung ihrer Konzepte oder durch Verbote zu verpflichten, den Kauf städtischer Grundstücke zu reduzieren und mehr Flächen in Erbpacht zur Verfügung zu stellen, Milieuschutz durch Anwendung des Vorkaufsrechts bei relevanten Projekten zu praktizieren, massiven Grundstückserwerb durch die Stadt für die eigene Nutzung zu forcieren - in außerstädtischen Lagen Kommunen und Gemeinden -, Ankauf der nichtstädtischen Besitzanteile der GAG zum Beispiel oder die Veräußerung des Bestands bei der GAG frei finanziierter Wohnbauten zwecks Schaffung von Liquidität.

Stichwort Bildungsbauten: Warum reagiert die Verwaltung erst jetzt, obwohl bereits Ende der 90er-Jahre durch ein Familienförderungsprogramm hieb- und stichfest Prognosen dazu führten, dass die Geburtenziffern in den nächsten zehn Jahren rasant anstiegen? Jetzt stehen wir vor dem Bedarf, mittelfristig mehr als 60 dieser Gebäude mit den dazugehörigen Grundstücken zur Verfügung zu stellen.

Ein Lösungsansatz wäre zum Beispiel, für den studentischen und den Auszubildenden-Wohnbereich die frei werdenden Leichtbauten aus den Flüchtlingsunterkünften zu verwenden. Dann hat man mir gesagt: Das ist bautechnisch nicht möglich. Ich bezweifle diese Angabe.

Man kann aber auch Schulen, um einfach eine flexible Nutzungsdauer darzustellen, mit solchen stabilen Leichtbauweisen ausstatten. Von uns wurde das bereits 2016 vorgeschlagen.

Stichwort Personal und Effizienz: Die personelle Unterdeckung und der Personalbedarf der Stadt

sind ein Dauerthema. Geld geht verloren, weil weder Personal für Geldnachforderungen noch für die Abwicklung der erforderlichen Neueinstellungen vorhanden ist. Besserungskonzepte der Verwaltung sind seit Anfang des Jahres im Umlauf, aber nichts tut sich.

Dazu passt wohl auch, dass der Ordnungsdienst zum Beispiel seit langer Zeit ordentliche Pausen und Garderobeneinrichtungen für die Mitarbeiter im Außendienst reklamiert und nicht bekam bzw. nicht bekommt.

Aus Ihrer Sicht mag das wenig mit dem Haushalt zu tun haben. Ich sage Ihnen, dass Organisationen mit solchen Erscheinungsmerkmalen doppelt kosten und gut informierte Bewerber abschreckt.

Man merke: Motivation ist gefragt. Neueinstellungen sind kein probates Mittel gegen miserable Führung und altgediente Seilschaften.

Die Vorgänge zeigen klar, welche Qualitäts- und Führungsdefizite noch immer vorherrschen. Wer das über das Geld wegzureden versucht, ist weltfremd und ignorant.

Fazit: Dieser Haushalt ist jetzt schon am Limit, und für minimale negative Zinsverschiebungen oder schleichende Gewerbesteuererfälle hat er keinerlei Spielraum und Reserven.

Damit wir zum Schluss auch noch einen konstruktiven Beitrag zur Haushaltsverbesserung darstellen, vielleicht einige Vorschläge: Auflösung der Kölner Sportstätten GmbH, was gebetsmühlenartig von uns dargestellt wurde, -

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: FC-Abstieg in die 3. Liga!)

- Verkauf des RheinEnergieSTADIONS an den FC Köln und Verkauf des städtischen Golfgeländes. Das bringt Geld, erleichtert den Haushalt, und Sie sparen hohe laufende Betriebskosten.

Legen Sie den Sumpf der KSV, der Kölner Schulbusverkehr GmbH, trocken, bei der ein miserables Management unkontrolliert schadhafte Busse für den Transport von Kindern duldet. Die KSV ist eine städtische Gesellschaft, die bis zu 1 Million Euro Gewinn einheimst und diese an Fremdfirmen ausschüttet, die ohnehin am Transportbereich verdienen. Quelle: *Bundesanzeiger* - Bilanzen.

Verkaufen Sie die Gründerzentren, die die Stadt jährlich mit hohen Subventionen am Leben hält. Die Gewerbesteuererinnahmen der dort begon-

nenen Start-ups bleiben weder in der Stadt noch wiegen sie nur annähernd die Höhe der Subventionen auf.

Ich könnte Ihnen noch weitere Beispiele nennen, aber ich möchte an dieser Stelle die Haushaltsrede schließen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann erfolgt die Abstimmung der weiteren Tagesordnungspunkte.

Ich rufe auf:

1 In die Haushaltsplanberatungen verwiesene Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**1.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE betr. „Zweckentfremdung von Wohnungen als Ferienwohnungen verhindern - Personal im Wohnungsamt zusetzen!“
AN/0979/2018**

Wer ist dafür? - Das sind die SPD-Fraktion und die Ratsgruppe BUNT. Enthaltungen? - Gegenstimmen? - Das sind dann alle anderen: die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, DIE LINKE, die FDP-Fraktion, die Ratsgruppe Rot-Weiß, die AfD-Fraktion und die Ratsgruppe BUNT. Dann ist das abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den ursprünglichen Antrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen.

Auch hier frage ich wieder: Wer ist für diesen Antrag? - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die Ratsgruppe BUNT und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die Ratsgruppe Rot-Weiß, die AfD-Fraktion und die Ratsgruppe GUT.

Kann es noch Enthaltungen geben? - Nein, keine Enthaltungen. Dann ist das mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe auf:

5 In die Haushaltsplanberatung verwiesene Beschlussvorlagen

Tagesordnungspunkt

**5.1 Zuschuss zum „Tag des guten Lebens“
2571/2018**

Ich lasse hier abstimmen wie im Finanzausschuss. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die Ratsgruppe Rot-Weiß und die AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

9 Stellenpläne

Tagesordnungspunkt

**9.1 Stellenplan für das Jahr 2019
2659/2018**

Auch hier lasse ich abstimmen wie im Finanzausschuss: Gegenstimmen? - Das sind die SPD-Fraktion und die Ratsgruppe BUNT. Enthaltungen? - Von Herrn Wortmann eine Enthaltung. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**9.2 Stellenplan 2019 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
2758/2018**

Gibt es Gegenstimmen? - Von der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Von Herrn Wortmann und der Ratsgruppe Rot-Weiß. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**9.3 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2019
2738/2018**

Gegenstimmen? - Von der SPD-Fraktion und der Ratsgruppe BUNT. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**9.4 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters der Stadt Köln für das Kalenderjahr 2019
2733/2018**

Gegenstimmen? - Diese sehe ich nicht. Enthaltungen? - Von Rot-Weiß und der AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**9.5 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Jahr 2019
2703/2018**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Von der AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10 Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2019 einschl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2022
3368/2018**

Gegenstimmen? - Das sind die SPD-Fraktion, die Ratsgruppe BUNT, die AfD-Fraktion, Herr Wortmann, Rot-Weiß und DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

11 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Tagesordnungspunkt

**11.1 Änderungsverordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2018
3273/2018**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Keine.

Gegenstimmen? - Von der Ratsgruppe GUT. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

12 Wahlen

Tagesordnungspunkt

**12.1 Antrag der FDP-Fraktion betr. „Entsendung in den Aufsichtsrat der Kölnmesse GmbH“
AN/1580/2018**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Wir haben keinen nichtöffentlichen Teil, meine Damen und Herren, und sind damit am Ende der Ratssitzung angekommen. Vielen Dank und einen guten Abend!

(Beifall bei Teilen von CDU und vom Bündnis
90/Die Grünen)

(Schluss: 18.04 Uhr)